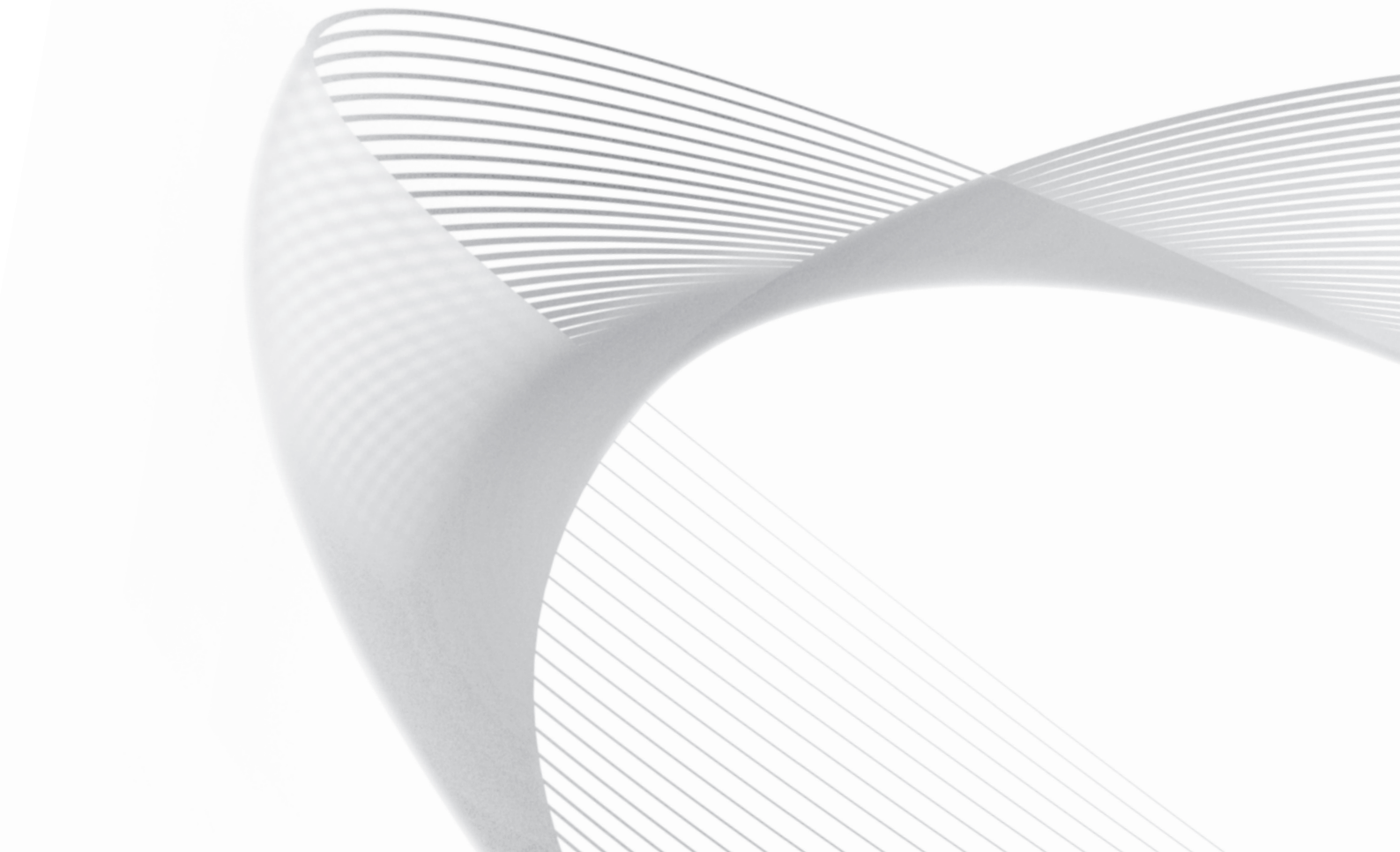
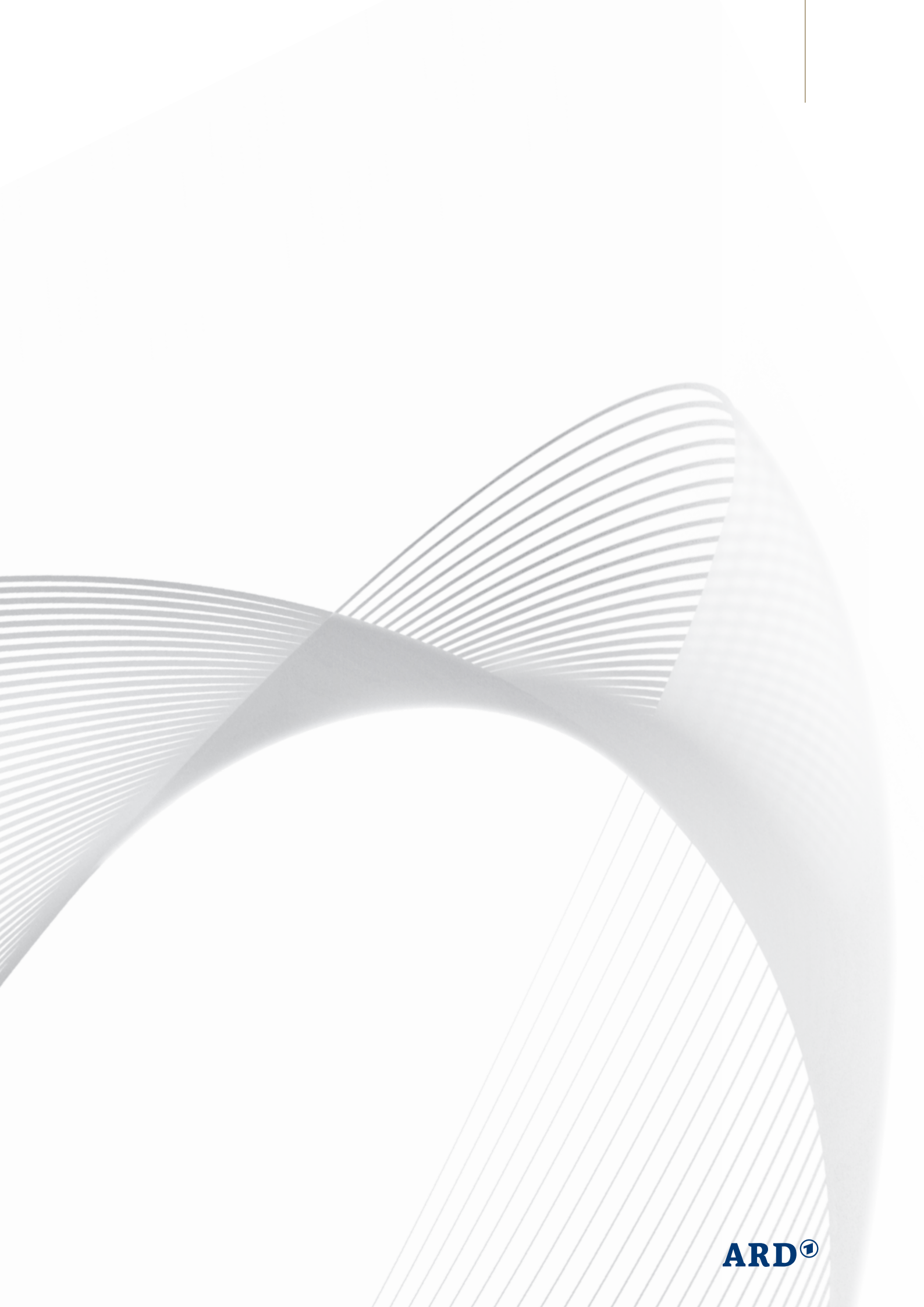
ARD

SEPTEMBER 2017

Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter

Bericht der ARD





INHALT

I. BERICHT DER ARD

Auftrag und Strukturoptimierung des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter

Zusammenfassung 3

1. Auftrag und Chancen der Digitalisierung 6
1.1 Digitale Zeitenwende 6
1.2 Unsere Verantwortung im digitalen Zeitalter 7

2. Die ARD-Strukturreform: Auf dem Weg zum crossmedialen und integrierten föderalen Medienverbund 16
2.1 Kooperation als Prinzip der Strukturreform 17
2.2 Prozesssteuerung 18
2.3 Einordnung der Einsparpotenziale 19
2.4 Schlüsselprojekte 20
a) Produktion 20
b) IT-Strategie 22
c) SAP Prozessharmonisierung 22
d) Archivinfrastruktur MediaDataHub 23
e) Korrespondentennetz 24
f) Plattform für digitale Produkte 25

3. Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln 26

4. Rechtliche Rahmenbedingungen gestalten 28
4.1 Den Auftrag zeitgemäß gestalten 28
4.2 Das Gelingen der Strukturreform gegen Kartellrechtsrisiken absichern 29
4.3 Die Auffindbarkeit unserer digitalen Angebote auf Medienplattformen gewährleisten 30
4.4 Die Digitalisierung des Radios befördern 31
4.5 Die Kostenrisiken minimieren 32

5. Systemwechsel bei den Betriebsrenten: Weniger Versorgungslasten 34

6. Fazit 36

II. ANLAGEN ZUM BERICHT DER ARD

(SIEHE GESONDERTER ANLAGENBAND)

1. Die Strukturprojekte der ARD

2. Struktur Rundfunkbeitrag: Entwicklung der Einnahmen/Erträge

3. Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln: Reformüberlegungen zu den Verfahrensstufen

ARD

Zusammenfassung

Mit diesem Bericht stellen wir dar, wie die ARD die Chancen der Digitalisierung langfristig und strategisch nutzen wird, um ihren Auftrag im digitalen Zeitalter bestmöglich zu erfüllen. Wir zeigen zudem auf, welche Einsparungen wir in den kommenden beiden Beitragsperioden und darüber hinaus durch strukturelle Reformen umsetzen werden. Zugleich kommen wir mit diesem Bericht der Bitte der Regierungschefinnen und -chefs der Länder nach, zu bestimmten Reformfeldern bis September 2017 Vorschläge zu unterbreiten.

Die ARD wird sich zu einem inhaltlich crossmedialen und strukturell integrierten föderalen Medienverbund weiterentwickeln, das heißt

- Inhalte werden, wo immer möglich, medienübergreifend recherchiert, konzipiert und produziert – auf der Ebene der Landesrundfunkanstalten und unseres Medienverbunds,

- wir kooperieren überall dort, wo wir dadurch besser und effizienter werden, und vereinheitlichen, standardisieren und synchronisieren Abläufe in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung,

- durch die intensivere Zusammenarbeit bei übergreifenden Aufgaben und Hintergrundprozessen bleibt den Landesrundfunkanstalten mehr Raum, ihr regionales Profil medienübergreifend zu schärfen – denn die Menschen schätzen die kulturelle Authentizität und Verankerung ihrer Landesrundfunkanstalt in der Region.

Durch diesen strukturellen Umbau werden wir nicht nur unsere Effizienz steigern, sondern wollen vor allem die größtmögliche inhaltliche Wertschöpfung für die Gesellschaft erreichen. Wir verschlanken unsere Strukturen, senken Kosten und bringen zugleich durch intensivere Kooperation mehr Innovationen ins Programm. Denn entscheidend für die Akzeptanz und Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind unsere programmlichen Leistungen und Angebote, mit denen wir zu Meinungsfreiheit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und kulturellem Reichtum beitragen. So spiegeln wir unser föderales Land in seiner gesamten Vielfalt, vermitteln Identität und Heimat und fördern das kulturelle Verständnis und Miteinander.

Das geschätzte Gesamteinsparvolumen liegt bis 2028 bei rund 951 Millionen Euro.

Davon entfallen auf die Programmverbreitung 363 Millionen Euro, die für den Zeitraum 2017 bis 2020 bereits in den Finanzplanungen der Landesrundfunkanstalten beziehungsweise im 20. KEF-Bericht enthalten sind. Die weiteren Einsparvolumen in Höhe von 588 Millionen Euro resultieren aus den 20 ARD-Strukturprojekten, deren Auswirkungen auch in die Finanzplanungen der Landesrundfunkanstalten für den 22. KEF-Bericht aufgenommen werden. Dies sind Netto-Beträge, bei denen notwendige Aufwendungen bereits berücksichtigt sind.

Die Schlüsselprojekte der Strukturreform sind in unserem Bericht ausführlich beschrieben: die einheitliche IT-Infrastruktur, die standardisierte Software in der Verwaltung, das crossmediale Mediendatensystem zur vereinfachten Archivierung, die (Teil-)Automatisierung bei Sendeabwicklung oder bei der Produktion von Großereignissen, die gemeinsame technische Plattform für unsere digitalen Produkte sowie der konsequente Ausbau der Crossmedialität in allen Studios und Redaktionen. Auch die Zusammenarbeit im System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt wollen wir weiter voranbringen. Von unseren 20 Kooperationsprojekten sind 11 mit dem ZDF, 15 mit Deutschlandradio vorgesehen.

Zu diesen Einsparungen kommen die einmaligen und langfristigen Effekte aus dem Systemwechsel bei den Betriebsrenten, die uns vor allem bei den Rückstellungen für die Altersversorgung bis 2024 um einen hohen dreistelligen Betrag entlasten. Der Tarifkompromiss bedarf noch der Zustimmung der Gremien der Gewerkschaften und der Landesrundfunkanstalten.

Es gibt jedoch auch Kostenrisiken, die von uns nicht beeinflussbar sind, aber vom Gesetzgeber verringert werden können. Sollten wir an die Kabelnetzbetreiber Einspeiseentgelte für den Transport unserer – der für ihr Geschäftsmodell wertvollen – Inhalte zahlen müssen, würden hierfür jährliche Aufwendungen im mittleren zweistelligen Millionenbetrag entstehen. Auch lange Simulcastphasen im Zuge des Umstiegs von analogen auf digitale Techniken erhöhen die Verbreitungskosten. Je früher der gemeinsame Umstieg von UKW auf DAB+ und Ausstieg aus der parallelen Satellitenverbreitung in SD und HD gelingen, desto eher können sich die Effizienzgewinne realisieren.

Maßstab und Ziel all unseres Handelns ist es stets, unseren Aufgaben verlässlich und zeitgemäß nachzukommen und die uns von der Gemeinschaft anvertrauten Mittel so effizient wie möglich einzusetzen – heute, morgen und in der Zukunft.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland gehört zum Wesen unserer Demokratie und zu unserer Geschichte. Sein Beitrag zur freien Meinungsbildung ist auch heute unverzichtbar für unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Miteinander. Denn der Bedarf nach freiem Zugang aller Menschen zu verlässlicher und unabhängiger Information hat sich im digitalen Zeitalter nicht überholt, sondern verstärkt: Die Erwartung, dass die Kommunikation über Social Media und das sogenannte offene Netz für einen gleichberechtigten gesellschaftlichen Diskurs sorgen, erweist sich zunehmend als Trugschluss. Geschlossene und selbstreferentielle Kommunikationsräume im Internet tragen zur Fragmentierung der Gesellschaft bei. Die neue mediale Durchlässigkeit verstärkt die intransparente und schnelle Verbreitung von fehlerhafter oder interessengeleiteter Information. Dies erweist sich immer mehr als Problem für die demokratische Meinungsbildung und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Denn auch in der digitalen vernetzten Gesellschaft stellt sich – trotz oder gerade wegen unzähliger neuer Kommunikationswege – die für eine Demokratie notwendige Gesamtöffentlichkeit nicht von alleine her.

Daher braucht es heute mehr denn je eine gemeinwohlorientierte Institution wie die ARD, die alle Menschen frei zugänglich auf allen relevanten Wegen mit einem publizistischen Gesamtangebot versorgt, auf das sie vertrauen können und das Orientierung bietet. Die Bürgerinnen und Bürger schaffen mit ihrer solidarischen Finanzierung die maßgebliche Grundlage, dass unsere Journalistinnen und Journalisten politisch und wirtschaftlich unabhängig arbeiten. Wir begleiten die Menschen durch ihren Tag mit unseren Radio-, Fernseh- und Online-Angeboten. Wir liefern verlässlich relevante Information und bieten Wissen, Bildung und Unterhaltung, ohne kommerziellen Interessen und Zwängen zu unterliegen.

Als ARD sind wir aufgrund unserer multimedialen und föderalen Struktur in besonderem Maße in der Lage, die Menschen in ganz Deutschland über alle sozialen und kulturellen Unterschiede hinweg zu verbinden und so einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs auf einer gemeinsamen Basis herzustellen. Wir bringen technische und programmliche Innovationen im Interesse der Allgemeinheit voran, investieren in neue Produkte und befördern digitale Kompetenz. Zugleich halten wir die deutsche Produzenten- und Kreativlandschaft stark und lebendig, stärken mit eigenen Angeboten den kulturellen Reichtum unseres Landes und sorgen mit unseren Archiven für die Wahrung des kulturellen Erbes.

Um diesem Anspruch bestmöglich gerecht werden zu können, sind wir auf adäquate gesetzgeberische Rahmenbedingungen angewiesen. Insbesondere müssen auch wir die Möglichkeiten, die das Netz bietet, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nutzen dürfen, um auf die ungebrochene Dynamik der Digitalisierung reagieren zu können.

Unser langfristig angelegter Strukturreformprozess erfordert zudem das Denken und Agieren in längeren Perioden. Daher schlagen wir vor, das bisherige Verfahren zur Ermittlung des Finanzbedarfs um längerfristige Planungsperspektiven, einen Entwicklungsplan und Fortschrittsbericht zu ergänzen. So ist gegenüber Gremien, KEF, Medienpolitik und Öffentlichkeit höchste Transparenz über den Fortgang unseres Reformprozesses gewährleistet.

Wir begrüßen, dass die Regierungschefinnen und -chefs der Länder die zeitgemäße Gestaltung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine Weiterentwicklung des Verfahrens zur Ermittlung des Finanzbedarfs auf ihre Agenda gesetzt haben. Gemeinsam haben wir die Chance, den Wert eines freien und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch für künftige Generationen zu bewahren und zeitgemäß fortzuentwickeln. Als ARD leisten wir hierzu unseren Beitrag.

1. Auftrag und Chancen der Digitalisierung

1.1 Digitale Zeitenwende

Die Digitalisierung hat die Gesellschaft verändert – wie wir leben, wie wir arbeiten, vor allem aber, wie wir kommunizieren und Medien nutzen. Etablierte Grenzen verschwimmen zunehmend – zwischen Massenkommunikation und Individualkommunikation, zwischen Sender und Empfänger, zwischen linearer und nichtlinearer Mediennutzung. Die Bedeutung von Messaging-Diensten, Online-Netzwerken und dem mobilen Internet wächst ebenso wie die Abrufzahlen von Bewegtbildangeboten im Netz.[1)] Immer häufiger entscheiden hierbei globale, kommerziell organisierte Plattformen als neue Intermediäre darüber, welche Informationen die Menschen erreichen. Verstärkt werden diese Entwicklungen durch die zunehmend technisch-automatisierte Aufbereitung von Inhalten – vom Einsatz von Big Data-Analysen über algorithmengesteuerter Personalisierung bis hin zur künstlichen Intelligenz.

Entsprechend konkurrieren heute zahlreiche Anbieter mit verschiedenen Interessen um das Zeitbudget und die Aufmerksamkeit der Nutzer.[2)] Hinzu kommt: Kommerzielle Internetkonzerne haben bisher gültige Grenzen zwischen Medien und technischen Dienstleistern aufgehoben und positionieren sich verstärkt als Inhalteanbieter. Die Konvergenz der Medien führt dazu, dass verschiedenste Angebote und Anbieter auf demselben Gerät oder derselben Plattform zusammenkommen. Dies ist eine Entwicklung, welche die heutige Praxis der gesetzlichen Regulierung nach Verbreitungswegen zunehmend überholt erscheinen lässt. Inhalte werden auf den Plattformen der Aggregatoren gleichberechtigt nebeneinander dargestellt – das heißt unabhängig von ihrer Qualität und Quelle. Im Ergebnis verstärkt dies auf bedenkliche Weise vielfaltsverengende Konzentrationstendenzen und die Schlüsselstellung von Gatekeepern.[3)] Für die klassischen Medien stellt diese Entwicklung eine besondere Herausforderung dar: mit ihren hochwertigen Inhalten auf den jeweiligen Plattformen relevant, auffindbar und sichtbar zu bleiben.

In den sozialen Medien gehen persönliche Inhalte, Informationen und Werbung oftmals fließend ineinander über. Online-Netzwerke beeinflussen zunehmend die Meinungsbildung. In der wachsenden Unübersichtlichkeit und Intransparenz entstehen Teilöffentlichkeiten, die den gesamtgesellschaftlichen Diskurs erschweren: Nutzern sozialer Netzwerke werden in der Regel vor allem solche Inhalte angezeigt, die auf ihren jeweiligen persönlichen Interessen und ihrem Nutzungsverhalten basieren. Die Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten und der Austausch von Meinungen werden dadurch systematisch beeinträchtigt. Zudem begünstigt die neue mediale Durchlässigkeit eine verstärkte Verbreitung nachlässig recherchierter und/oder interessengeleiteter Informationen bis hin zu gezielter Desinformation.

Selten zuvor gab es daher einen so großen Bedarf an verlässlicher, einordnender Berichterstattung, die nicht an wirtschaftlichen oder politischen Interessen Einzelner ausgerichtet ist. Denn auch in der digitalen vernetzten Gesellschaft stellt sich – trotz oder gerade wegen unzähliger neuer Kommunikationswege – die für eine Demokratie notwendige Gesamtöffentlichkeit nicht von alleine her.

---

1) Bereits 72 % der Bevölkerung nutzen Video-Angebote im Internet. In der Altersgruppe der 16- bis 39-Jährigen lesen 52 % Nachrichten auch auf dem Smartphone (gfu-Studie im Auftrag der Consumer & Home Electronics GmbH „Motive, Einstellungen und Kaufkriterien – Konsumtrends in der Consumer- und Home Electronics“, 2017).

2) Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Bericht überwiegend auf die zusätzliche Verwendung weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

3) Unter den Suchmaschinen lag der Marktanteil von Google in Deutschland im Jahr 2016 bei 94,5 % (Quelle: seo-united.de). Das US-amerikanische soziale Netzwerk Facebook verfügt laut Eigenaussage seit Juni 2017 erstmals über mehr als 30 Mio. aktive Nutzer in Deutschland.

1.2 Unsere Verantwortung im digitalen Zeitalter

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk dient der Gesellschaft. Sein Auftrag ist darauf ausgerichtet, den für eine Demokratie unverzichtbaren gesellschaftlichen Diskurs zu befördern und die freie Meinungsbildung zu sichern und Angebotsvielfalt herzustellen. Die solidarische Finanzierung durch die Gemeinschaft schafft die Grundlage dafür, dass er frei ist von kommerziellen und politischen Abhängigkeiten und allein dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind für alle Bürger gleichermaßen zugänglich, bieten Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung für jeden, bilden unsere Kultur und unseren Alltag ab, folgen dem Prinzip des Respekts und gründen auf hohen journalistischen Qualitätsstandards.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner jüngsten Entscheidung zum ZDF-Staatsvertrag nochmals betont, dass die Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks „neben seiner Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, neben Unterhaltung und Information auch eine kulturelle Verantwortung umfasst". Seine Bedeutung beschränkt sich gerade nicht auf das Ausfüllen von Lücken oder Nischen, die private Anbieter nicht abdecken. Vielmehr muss sich sein Programmangebot an das gesamte Publikum richten und für „neue Publikumsinteressen oder neue Inhalte und Formen offenbleiben". [4)]

Maßstab und Ziel all unseres Handelns ist es stets, diesen Aufgaben verlässlich und bestmöglich nachzukommen. Es geht darum, unseren gemeinsamen freien Rundfunk zeitgemäß und nach den Bedürfnissen unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln und zu gestalten. Leitplanken dafür sind:

- **Unsere Rolle und Funktion als Medium, das die freie, individuelle und öffentliche Meinungsbildung sichert und ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist, ist wichtiger als je zuvor.**
- **Um unserer gesellschaftlichen Funktion und Verantwortung im digitalen Medienzeitalter nachzukommen, braucht es Verlässlichkeit ebenso wie Veränderung.**
- **Die Digitalisierung ermöglicht es uns, unserer Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Demokratie noch besser nachzukommen.**

Dies bedeutet im digitalen Zeitalter vor allem, die Möglichkeiten digitalen Publizierens und Interagierens zu nutzen, unsere Präsenz auf digitalen Plattformen und über digitale Verbreitungswege auszubauen und zugleich unsere bewährten Stärken in den neuen Umgebungen voll zum Tragen zu bringen. Unsere publizistische Vielfalt, unsere multimediale Struktur sowie die tiefe Verankerung in allen Regionen Deutschlands ermöglichen es uns, wie kein anderes deutsches Medienangebot Gesamtöffentlichkeit herzustellen und den gesellschaftlichen Diskurs über die Fragen unseres Landes zu fördern. Dies ist für eine verlässlich funktionierende und stabile Demokratie von essenzieller Bedeutung.

Aus dieser Verantwortung heraus entwickeln wir unsere Arbeitsgemeinschaft weiter zu einem inhaltlich crossmedialen und strukturell integrierten föderalen Medienverbund. Diese Strategie ermöglicht es uns, die besondere Qualität und regionale Vielfalt der ARD weiter auszubauen, unsere programmliche Innovationskraft im publizistischen Wettbewerb und Miteinander zu stärken und überdies Wirtschaftlichkeitspotenziale und Synergieeffekte zu erschließen.

[4)] BVerfG vom 25.3.2014 (BVerfGE 136, 9).

Auf diese Weise garantieren wir heute und in Zukunft insbesondere:

- **einen maßgeblichen Beitrag für Integration, Zusammenhalt und Demokratie in unserer Gesellschaft,**
- **allen Bürgerinnen und Bürgern den freien Zugang zu den durch Rundfunkbeiträge finanzierten Inhalten,**
- **ein reichhaltiges publizistisches Angebot, das die regionale Vielfalt unseres Landes widerspiegelt wie kein anderes Medienangebot in Deutschland,**
- **eine verlässliche und unabhängige Berichterstattung, die Orientierung bietet und stets nach höchster journalistischer Qualität strebt,**
- **ein zeitgemäßes und innovatives Angebotsportfolio, das den Erwartungen der Mediennutzer gerecht wird, sowie**
- **ein umfassendes Engagement für die Kulturlandschaft und den Medienstandort Deutschland.**

Dieses Selbstverständnis unseres Medienverbunds bedeutet im Einzelnen:

Wir bringen Menschen und Meinungen zusammen, schaffen die Voraussetzung für gesamtgesellschaftlichen Diskurs und werden die Möglichkeiten der Partizipation weiter ausbauen.

Eine demokratische Gesellschaft braucht den offenen, fairen Austausch über Standpunkte, Haltungen und Ideen. Die Übereinkunft über das, was uns verbindet und wie wir miteinander leben wollen, muss immer wieder neu ausgehandelt werden. Dieser Dialog über das Große und Ganze braucht auch im digitalen Zeitalter einen gemeinsamen, gemeinwohlorientierten Kommunikationsraum. Unser Ziel und Ansporn ist es, den freien Meinungs- und Willensbildungsprozess als öffentlich-rechtlicher Medienverbund bestmöglich zu unterstützen. Wir müssen dafür geeignete Rahmen schaffen, die vorhandene Meinungsvielfalt zur Geltung bringen und zwischen gesellschaftlichen Positionen moderieren.

Daher liegt es in unserer Verantwortung, ein attraktives und relevantes Portfolio bereitzustellen, das sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland orientiert. Der heutigen Variationsbreite des Mediennutzungsverhaltens entsprechen wir mit unseren vielfältigen Angeboten im Radio, im Fernsehen und im Netz sowie über unterschiedliche Verbreitungswege: Neben den zeitsouveränen Angebotsformen – ob online, über Apps oder auf dem Smart-TV – zählt hierzu die klassische lineare Ausstrahlung, welche bei den Zuschauern einen weiterhin sehr hohen Stellenwert genießt.[5)]

Unsere gesellschaftliche Integrationskraft zeigt sich gerade auch in unseren Reichweiten: Im Jahr 2016 nutzte jeder Bürger im Durchschnitt pro Tag drei Stunden und 22 Minuten öffentlich-rechtliche Programmangebote.[6)] Davon entfielen 99 Minuten auf den Hörfunk und 103 Minuten auf das Fernsehen. Allein über das lineare Fernsehen erreicht die ARD jede Woche 71 Prozent der deutschen Bevölkerung (das entspricht

[5)] In der Gesamtbetrachtung der Mediennutzung in Deutschland bleiben lineare Angebote weiterhin populär: Immer noch schauen 80 % der Deutschen täglich lineares Fernsehen – die durchschnittliche Sehdauer beträgt 223 Minuten am Tag (Marktanteil der öffentlich-rechtlichen Sender: 46 %). Ein Wert, der seit über sieben Jahren unverändert ist, wie die Ergebnisse der AGF/GfK-Fernsehforschung zeigen.

[6)] Quellen: AGF in Zusammenarbeit mit GfK, TV Scope, 2016; MA Radio 2016 I/II.

53 Millionen Menschen).[7] Mit unseren starken Marken (wie etwa Tagesschau[8] und Tatort[9]) gelingt es uns regelmäßig, Millionen von Menschen vor den Bildschirmen zu versammeln – sowohl „live" als auch zeitversetzt über unsere On-Demand-Angebote[10]. Auch Radio wird weiterhin in allen Altersklassen konstant hoch genutzt. Laut der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse ist der Hörfunk für acht von zehn Menschen täglicher medialer Begleiter. Insgesamt schalten 37,2 Millionen Menschen ab 14 Jahren in Deutschland täglich eines der öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramme ein. Als ARD erreichen wir mit unseren Radiowellen an jedem Werktag über 50 Prozent der Bevölkerung.

Wir werden unsere vielfältigen Inhalte und Zugangswege im Sinne eines medienübergreifenden Gesamtkonzepts noch enger miteinander verzahnen, um alle Alters- und Bevölkerungsgruppen auf dem für sie passenden Weg anzusprechen. Mit unseren Inhalten erweitern wir zudem das Themen- und Meinungsspektrum auf digitalen Plattformen Dritter[11], auch wenn dies erfordert, dass wir uns weitgehend nach deren Regeln richten müssen.

Ebenso bauen wir die Formen der direkten Kommunikation bei unseren eigenen Angeboten weiter aus. Denn der Medienwandel ermöglicht es uns, in einen intensiveren Dialog mit der Gesellschaft zu treten und uns mit Zuschauern und Institutionen – etwa aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Bildung – zu vernetzen. Schon heute kann sich das Publikum per Anruf, Brief, Mail oder über soziale Netzwerke bei uns einbringen. Wir wollen die direkte Interaktion weiter ausbauen und somit positive Impulse für unser demokratisches Gemeinwesen setzen. Wir hören dabei zu und beziehen die Anregungen unserer Nutzerinnen und Nutzer in die Weiterentwicklung unserer Produkte ein. Wie dies geht, zeigt bereits heute unser junges, dialogorientiertes Angebot funk. [12]

So wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, sich an den Debatten über die Zukunft unseres Landes zu beteiligen.

---

[7] AGF/GfK (eigene Auswertung der Medienforschung Erstes Deutsches Fernsehen, 2016)

[8] Die Hauptausgabe der Tagesschau um 20 Uhr erreichte im ersten Halbjahr 2017 im Schnitt täglich rund 10,5 Mio. Zuschauer (ohne Abrufe über Mediatheken, tagesschau.de, tagesschau24). Das entspricht einem Zuwachs von rund 430.000 Zuschauern gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

[9] Der Tatort erreicht pro Folge zwischen 6 und 14 Mio. Zuschauer.

[10] Die ARD-Mediathek zählt laut Convergence-Monitor-Studie 2017 von TNS Infratest zu den beliebtesten VoD-Angeboten in Deutschland: Über alle Altersgruppen hinweg haben bereits 29 % der Befragten das Angebot genutzt (höchster Wert). Dabei erreichen wir über die Mediathek auch die beim linearen Fernsehen unterrepräsentierten Jüngeren: So entfallen insgesamt 45,3 % der VoD-Nutzung der 14- bis 29-Jährigen auf öffentlich-rechtliche Mediatheken (private Mediatheken: 35,2 %; siehe Digitalisierungsbericht der Medienanstalten, 2017).

[11] Die ARD und ihre Angebote werden auch auf den digitalen Plattformen Dritter als verlässliche Absender geschätzt: Allein die Tagesschau verzeichnet rund 1,4 Mio. Fans bei Facebook und 2,3 Mio. Follower bei Twitter (Stand: September 2017).

[12] Beispielhaft seien hier zwei interaktive Formate des Jugendangebots genannt: Bei INFORMR, dem neuen Debattenformat für die Generation Y, werden die über soziale Netzwerke geteilten Meinungen der Nutzer aktiv in das Format eingebunden. So sollen die Standpunkte junger Menschen in all ihren Facetten wiedergegeben werden und zur weiteren Diskussion anregen. Bei TRUSTORY können Nutzer ihre selbst erlebten Geschichten als Audio-Nachricht per WhatsApp an das Redaktionsteam schicken. Professionelle Illustratoren bebildern anschließend die Erlebnisse. Das Ergebnis wird der gesamten Community zur Verfügung gestellt.

Wir schaffen für alle Menschen einen freien und ungehinderten Zugang zu unseren vielfältigen Inhalten.

Jeder in Deutschland kann unsere Angebote auf allen relevanten Wegen und Plattformen frei, unverschlüsselt und weitgehend barrierefrei nutzen. Während kommerzielle Anbieter immer mehr Bezahlschranken aufbauen und damit Menschen ausschließen, die diesen Zugang nicht bezahlen können, garantieren wir allen Bürgerinnen und Bürgern die freie und uneingeschränkte Nutzung unserer vielfältigen Angebote im Radio, im Fernsehen und im Netz – und das in höchster journalistischer und technischer Qualität. Menschen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, werden nach dem Solidarprinzip vom Rundfunkbeitrag befreit.

Für Menschen mit Behinderung bauen wir die barrierefreien Angebote weiter aus.[13)] Wir untertiteln[14)], erstellen Hörfilmfassungen mit Audiodeskription oder dolmetschen live in Gebärdensprache, um allen Menschen die größtmögliche Teilhabe an unseren Programmen zu eröffnen. Zudem bieten wir Nachrichten in einfacher Sprache, damit auch komplexe Informationen leichter verständlich werden.[15)]

Auf diese Weise gewährleisten wir, dass sich alle Menschen in unserem Land am politischen und gesellschaftlichen Diskurs beteiligen können. Das stiftet Identität, stärkt die Integration verschiedener Gruppen und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir schließen niemanden aus und sind für jeden da.

[13)] 77 % der Nutzer mit Behinderung sind mit den barrierefreien Angeboten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zufrieden. Bei den Angeboten der Privaten sind es nur 38 % (Studie „Mediennutzung von Menschen mit Behinderung“ von Bayrische Landesmedienanstalt/Aktion Mensch, 2016).

[14)] So sind bereits heute 97 % des Angebots im Ersten und im Schnitt 50 % des Hauptabendprogramms in der ARD untertitelt.

[15)] Siehe beispielhaft auf ndr.de unter dem Stichwort „Leichte Sprache im NDR“.

Wir sind föderal wie unser Land, geben allen Regionen eine publizistische Stimme und sorgen für kulturelles Miteinander.

Die ARD ist föderal wie unser Land. Unsere neun Landesrundfunkanstalten mit ihren Funkhäusern und Regionalstudios verfügen über eine ureigene Regionalkompetenz und sind überall in Deutschland zu Hause. Unsere Journalistinnen und Journalisten vor Ort hören und sehen, was die Menschen bewegt. Sie zeigen die verschiedenen Traditionen, Mentalitäten und Eigenarten, die unsere Heimat prägen und unverwechselbar machen. Sie begleiten das Geschehen vor Ort – kritisch, konstruktiv, unterhaltsam. Dazu gehört, dass sie den Menschen und Institutionen zuhören, sie in den medialen Dialog einbeziehen und ihnen somit eine Stimme geben. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass die relevanten Themen von Amrum bis zur Zugspitze sichtbar bleiben.

Unsere föderale Organisationsform und ein weltoffener Blick schließen sich dabei nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich: Neben der fortschreitenden crossmedialen Vernetzung innerhalb der einzelnen Landesrundfunkanstalten verzahnen wir unsere regionale Kompetenz immer enger mit unserer nationalen und internationalen Berichterstattung. Unser Netz von Auslandskorrespondenten sorgt für Information aus erster Hand und hilft, die Welt zu verstehen[16)] – eine Aufgabe, die vor dem Hintergrund der derzeitigen weltpolitischen Entwicklungen zunehmend an Bedeutung gewinnt. In einem zusammenwachsenden Europa und einer globalisierten Welt sorgen wir so dafür, dass die Identifikation mit der Heimat und die regionalen Besonderheiten erhalten bleiben. Denn wir sind überzeugt, dass Integration und Zusammenhalt nur aus gegenseitigem Verständnis erwachsen.

[16)] Das Korrespondentennetz der ARD ist mit 32 Auslandsstudios eines der größten der Welt. Unsere rund 100 Korrespondenten bereichern die Nachrichtenformate der ARD in Radio, Fernsehen und Internet. Mit dem Weltspiegel im Ersten gibt es eine wöchentliche Sendung, die ausschließlich Korrespondentenberichte aus dem Ausland zeigt. Auch die Sender 3sat, PHOENIX, ARTE und Deutsche Welle sowie die Dritten Programme profitieren in ihren Sendungen von unserem weltweiten Korrespondentennetz.

Wir bieten Orientierung mit unabhängigem und verlässlichem Journalismus und bilden unseren Nachwuchs dafür aus.

Die Journalistinnen und Journalisten in der ARD arbeiten politisch und wirtschaftlich unabhängig – sie müssen nicht für die Maximierung von Klickraten oder Werbeeinnahmen sorgen, denn ihre Arbeit ist dem öffentlich-rechtlichen Gemeinschaftsprinzip und nicht der Gewinnerzielung verpflichtet. Wir stehen heute und in Zukunft für sorgfältig und eigenständig recherchierte Berichterstattung, die Informationen vertieft, Sachverhalte einordnet, Hintergründe aufdeckt und verständlich auf den Punkt bringt. Wir sind Aufklärer und kritischer Begleiter von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Tatsachen und Meinungen sind klar voneinander zu trennen.

Dies nehmen auch die Menschen wahr und bewerten unsere Inhalte als relevant, verlässlich und glaubwürdig.[17)] So vertrauen die Deutschen bei widersprüchlicher Informationslage mit großem Abstand am ehesten auf die Informationskompetenz der Tagesschau.[18)] Die Vertrauenswerte unserer Medien sind in der jüngeren Vergangenheit noch einmal gestiegen.[19)] Und auch junge Menschen zeigen bei Nachrichten eine klare Präferenz für die Angebote der ARD.[20)]

Im Netz sind wir ebenso als zuverlässige, glaubwürdige und Orientierung gebende Quelle gefragt. Maßgeblich tragen hierzu unsere etablierten Formate bei, die wir erfolgreich in die nichtlineare Welt „verlängern" konnten.[21)] Vor allem ist es aber unser journalistisches Arbeitsethos, das die Grundlage für Vertrauenswürdigkeit bildet: Recherche, Relevanz und Objektivität sind unsere Maßstäbe für gute journalistische Arbeit. An diesen bewährten Prinzipien werden wir auch im digitalen Zeitalter festhalten und im Zweifel stets auf Richtigkeit statt auf Schnelligkeit setzen.

Als öffentlich-rechtlicher Absender stehen wir zu Recht unter besonderer Kontrolle und Beobachtung – sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch unsere Aufsichtsgremien, die sich aus weisungsunabhängigen Vertretern verschiedener gesellschaftlich relevanter Gruppen zusammensetzen und dadurch die Funktion eines Sachwalters der Allgemeinheit einnehmen. Denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk dient allen Bürgern, wird von der Gesellschaft finanziert und soll damit auch von der Gesellschaft selbst kontrolliert werden.

[17)] Siehe hierzu diverse Studien und Umfragen von Hochschulen oder externen Medienforschungsunternehmen: z. B. PwC-Studie „Bevölkerungsbefragung: „Social Bots und Fake News", 2017; Reuters Digital News Survey 2017; YouGov-Studie „Alles Fake?! Fake News aus Sicht deutscher Wähler", 2017; Allensbach-Studie „Vertrauenskrise der Medien?", 2016; ARD-Trend 2017 und Studien der Landesrundfunkanstalten zu Image und Glaubwürdigkeit.

[18)] Tagesschau: 47 %, heute (ZDF): 18 %, RTL aktuell: 12 % (ARD Trend Nachrichten, 2016).

[19)] Siehe jährliche Untersuchung des Medienvertrauens in Deutschland „Tenor Medienvertrauen" der Universität Würzburg, 2017, sowie Studie „Erosion des Vertrauens zwischen Medien und Publikum?" der Universität Mainz, 2017.

[20)] Die Tagesschau (20-Uhr-Ausgabe) ist die meistgenutzte Quelle für Information und Meinungsbildung bei jungen Menschen (täglich 360.000 Zuschauer unter 29 Jahren; Pro7 Newstime: 230.000). Zudem halten 78 % der 14- bis 29-Jährigen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch in Zukunft für unverzichtbar (ARD/ZDF-Langzeitstudie Massenkommunikation 2015).

[21)] Seit dem Update auf die Version 2.0 (Dezember 2016) wurde die Tagesschau-App circa 4,3 Mio. Mal heruntergeladen. Die Vorgänger-Version wurde bis 2016 mehr als 10 Mio. Mal heruntergeladen.

[22)] Das ARD-Projekt faktenfinder, angesiedelt bei der Tagesschau in Hamburg, beobachtet gezielte Falschmeldungen – vor allem im Internet – und stellt diese richtig. Ziel ist es, die Wirkungsmacht von gezielten Falschmeldungen zu begrenzen. Das Interesse an dem Thema ist immens: Allein im Juli erreichte die Webseite rund 5,6 Mio. Page Impressions.

Um auch in Zukunft als verlässlicher Absender wahrgenommen zu werden, müssen wir uns selbst stets kritisch hinterfragen und offen mit eigenen Fehlern umgehen. Hierzu überprüfen wir ständig unsere Qualitätsmaßstäbe, machen diese transparent und entwickeln unser Qualitätsmanagement weiter.

Denn das Erreichte ist für uns weiterer Ansporn für die Zukunft. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Redaktionen, die unseren guten Ruf begründen, müssen sich stets weiterentwickeln, um für die sich wandelnden Ansprüche in der digitalen Welt fit zu bleiben. Dazu gehört auch, dass sich unsere Journalistinnen und Journalisten aktiv um die Richtigstellung von kursierenden Falschnachrichten bemühen[22] und die Menschen dazu befähigen, verlässliche von nicht-vertrauenswürdigen Quellen zu unterscheiden. Die Fähigkeit, mit der heutigen Medien- und Informationsflut umgehen zu können, ist eine Schlüsselkompetenz im digitalen Zeitalter. Daher kümmern wir uns gezielt um die Vermittlung von Medienkompetenz – von Online-Dossiers über spezifische Beiträge in unseren Programmen bis hin zu eigenen Schulprojekten.[23]

Dies alles braucht gut ausgebildete Journalistinnen und Journalisten. Daher investieren wir aus Überzeugung umfangreich in die journalistische Ausbildung sowohl in Volontariaten und Hospitanzen als auch in Kooperationen mit renommierten Journalistenschulen, Universitäten und Hochschulen.

Wir werden multimediale Innovationen im Dienst der Allgemeinheit voranbringen.

Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung und werden dafür sorgen, dem Publikum inhaltlich und technisch stets auf der Höhe der Zeit zu begegnen. Wir investieren deshalb verstärkt in digitale Produkte, bringen eigene Innovationen voran und verabschieden uns von Technik oder Inhalten, die sich als nicht mehr effektiv und zeitgemäß erweisen.

Angesichts der dynamischen Entwicklung des Medienmarkts arbeiten wir derzeit an einer gemeinsamen technischen Infrastruktur, damit die Menschen auf die von ihnen finanzierten Programmschätze einfacher und umfassender zugreifen können. Die in Kürze an den Start gehende ARD Audiothek enthält bereits jetzt Wortbeiträge unserer regionalen Radiokanäle, die Hörerlebnisse im Umfang von zehn Jahren bieten. Der KiKA-Player bündelt sämtliche Angebote von ARD und ZDF für Kinder, die aufgrund ihrer Gewalt- und Werbefreiheit besonders geschätzt werden. Wir investieren konsequent in den Ausbau und in die Optimierung unseres ARD Players, eine modernisierte ARD Mediathek, die zukünftig sämtliche audiovisuelle Inhalte des Verbundes integriert. Denn wie der Digitalisierungsbericht 2017 belegt, sind unsere VoD-Angebote bei jungen Menschen sehr beliebt.[24]

Zudem werden wir unsere Angebote um Personalisierungsfunktionen ergänzen, ohne jedoch auf die Kuratierung unserer Inhalte zu verzichten: So nutzen wir Algorithmen mit breitem Blick auf unseren gesamten Programmschatz ohne die Verengung auf Meistgeklicktes. Nutzer können sich bei der ARD zudem darauf verlassen, dass ihre persönlichen Daten nicht ohne ihre Zustimmung genutzt werden und sie souverän über diese entscheiden.

[23] Siehe hierzu auch auf www.ARD.de das Spezial „Medienkompetenz“.

[24] Siehe Digitalisierungsbericht der Landesmedienanstalten 2017, S. 130.

Digitalisierung und Internet haben nicht nur die Weiterentwicklung der technischen Programmverbreitung zur Folge. Sie haben auch das Spektrum medialer Kultur- und Erzählformen erheblich erweitert. Multimediale Dossiers ergänzen bereits heute erfolgreich große dokumentarische und fiktionale TV-Produktionen und tragen so in Breite und Tiefe zu ihrer Wirkung bei. Wir arbeiten an crossmedialen Formaten und geben Raum für neue Ideen und Experimente. Wir treiben technische und inhaltliche Innovationen im audiovisuellen Bereich voran, die der journalistischen Vermittlung oder dem künstlerischen Ausdruck dienen. Und wir investieren in neue Fertigkeiten und Produktionsweisen. Journalisten, Informatiker und Designer arbeiten bei uns eng zusammen, um neue Technologien möglichst frühzeitig für die Vermittlung unserer Inhalte einzusetzen.

Kulturelles Leben, Wissenschaft und Archive – wir halten die Kultur, die Kreativlandschaft und den Medienstandort Deutschland stark und lebendig.

Wir übernehmen Verantwortung für die deutsche Medien- und Kreativlandschaft und produzieren einzigartige Inhalte, die es in dieser Form nur bei uns gibt. Wir stehen für große Genrevielfalt, für hochwertiges, oftmals preisgekröntes Programm[25], für die Förderung von Inhalten jenseits des Mainstreams sowie für zahlreiche Produktionen aus den Regionen über die Regionen.

Als enger Partner der regionalen und nationalen Produktionslandschaft[26] setzen wir auf Eigen-, Ko- und Auftragsproduktionen sowie Lizenzkäufe deutscher und europäischer Herkunft[27]. Hierdurch unterscheidet sich unsere Programm maßgeblich von dem Angebot der kommerziellen Medienunternehmen: Mit unseren Filmen und Serien unterhalten wir nicht nur, sondern erzählen deutsche Geschichte, zeigen die Kultur unseres Landes, vermitteln Werte und Wissen und eröffnen den Diskurs zu gesellschaftlich kontroversen Themen.[28]

Ebenso wären die Fülle und der Facettenreichtum deutscher Kinoproduktionen ohne unser finanzielles und redaktionelles Engagement nicht im selben Maße vorhanden.[29] Gleiches gilt für das Genre der Dokumentationen und des langen Dokumentarfilms, die fester Bestandteil unseres Angebots sind.[30] Auf diese Weise bilden wir ein Gegengewicht zur Expansion global agierender Plattformbetreiber, die jenseits einzelner Prestigeprojekte kaum in die regionale Kulturwirtschaft investieren.

---

[25] Im Jahr 2017 gingen 11 der 15 Grimme-Preise an (Ko-)Produktionen der ARD. Im Bereich Hörfunk und Hörspiel ist die ARD fast konkurrenzlos und wird für ihre Produktionen regelmäßig mit den bedeutendsten Radiopreisen ausgezeichnet, z. B. dem Robert-Geisendörfer-Preis. Auch international überzeugt unser besonderes kulturelles Engagement: So wurde beim International Emmy Award unsere Produktion „Krieg der Lügen“ (SWR/BR) zum besten ausländischen Dokumentarfilm gekürt Übersicht zu den Auszeichnungen auf www.ARD.de.

[26] Allein der Gesamtwert aller Auftrags-, Ko- und Mischproduktionen lag im Jahr 2015 bei rund 711 Mio. Euro. Mehr als zwei Drittel dieses Vergabevolumens, nämlich 514 Mio. Euro (das entspricht 72,3 %), gingen an unabhängige Produzenten. Weitere Informationen: ARD-Produzentenbericht 2015, abrufbar auf www.ARD.de.

[27] Das ARD-Programm besteht zu 95,9 % aus heimischen Produktionen (EBU „PSM-Barometer“, 2017).

[28] Neben der Krimi-Reihe Tatort, die dafür bekannt ist, aktuelle gesellschaftliche Themen aufzugreifen, sei hier beispielhaft die preisgekrönte Spielfilm-Triologie „NSU: Mitten in Deutschland“ genannt. Die Filme, die über den rechtsextremen Terror in Deutschland der jüngeren Vergangenheit erzählen, erreichten insgesamt knapp 15 Mio. Zuschauer. Auch Mehrteiler wie „Katharina Luther“ oder „Charité“ sahen regelmäßig Millionen von Menschen. Die Serie „Weissensee“, mit der wir die deutsch-deutsche Geschichte für jedermann erlebbar gemacht haben, wurde von Publikum und Kritikern gleichermaßen geschätzt (u. a. Grimme-Preis 2016, Marktanteil: 15,7 %).

[29] So unterstützt die ARD u. a. die Filmförderungsanstalt des Bundes (FFA) jährlich mit insgesamt rund 9,3 Mio. Euro.

Auch unsere Sportberichterstattung unterscheidet sich: Sie beschränkt sich nicht auf die Live-Übertragung und Kommentierung der Ereignisse, sondern ist eingebettet in vielfältige Informationen über Kultur, Politik und Menschen des ausrichtenden Landes.[31)] Sport hat hohe integrative Kraft und Vorbildcharakter – Spitzensport wie Breitensport. Deswegen zeigt die ARD über 100 verschiedene Sportarten im Ersten und in den Dritten. Wir scheuen uns aber auch nicht, über die negativen Seiten des Sports wie Doping oder Korruption nachhaltig und ohne Blick auf die Quoten zu informieren.[32)]

Über unser Programmangebot hinaus finden Kulturschaffende bei uns einen Raum, der andernorts immer kleiner wird. So spiegeln wir nicht nur das Kulturangebot in Deutschland mit vielen Programmübertragungen von Veranstaltungen und Konzerten wider, sondern bereichern es mit eigenen Orchestern von Weltrang, Chören und Big Bands. Ebenso fördern wir die Hörspielkunst, die in einer rein kommerziellen Medienlandschaft kaum eine Zukunft hätte. Daneben sind wir wichtiger Partner der regionalen wie nationalen Kunst- und Literaturszene.

Zudem begleiten wir engagiert den Erfindungs- und Entdeckungsreichtum in unserem Land. Unsere Programmangebote und Bildungsprojekte mit Universitäten, Hochschulen und Schulen entwickeln wir ständig weiter. Für unsere teils jahrzehntelangen Kooperationen mit Presseverlagen loten wir neue Möglichkeiten zu beiderseitigem Vorteil aus.

Auch die Wahrung des kulturellen Erbes zählt zu unseren Aufgaben. Unsere Archive umfassen wesentliche Teile der audiovisuellen Überlieferung der deutschen Kultur und Geschichte und sind somit ein wichtiger Teil unseres kollektiven Gedächtnisses. Wir erhalten die hier gelagerten Schätze für künftige Generationen, indem wir sie konsequent digitalisieren und der Allgemeinheit – soweit rechtlich möglich – leichter zugänglich machen.

Unser Wert für die Gemeinschaft schlägt sich außerdem auch in einer quantifizierbaren volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nieder[33)]: So geben wir der Kultur- und Kreativwirtschaft einen jährlichen Wertschöpfungsimpuls in Höhe von rund 1,9 Milliarden Euro. Allein 2015 steuerten wir circa 7,7 Milliarden Euro an Wertschöpfung zum Bruttoinlandsprodukt bei (bei Beitragseinnahmen von circa 5,8 Milliarden Euro). Wir sichern direkt und indirekt fast 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Und wir stimulieren im ganzen Land die Wirtschaft, weil wir Güter und Dienstleistungen zu 97 Prozent direkt in Deutschland nachfragen.

[30)] Allein im Jahr 2016 strahlten Das Erste und die Dritten Programme der ARD 2.245 Stunden an neuproduzierten Dokumentationen und Reportagen aus. Dies enspricht 6 Erstsendestunden pro Tag. Ausgewählte Beispiele für Dokumentarfilme aus der jüngeren Vergangenheit: Der Film „Der Traum von Olympia" (2016), ein dokumentarisches Großprojekt der ARD, beschrieb die Inszenierung der Olympischen Sommerspiele in Berlin 1936 durch die Nationalsozialisten konsequent aus der Sicht von zwei Menschen, die damals dabei waren – und deren Traum sich in einen Alptraum verwandelte. Die Dokumentation "Nervöse Republik" (2017) beobachtete ein Jahr lang Politiker und Journalisten, um der Frage nachzugehen, wie sich Politik unter den Bedingungen der digitalen Kommuniktation verändert hat. Anlässlich des Themenabends des Ersten zum Thema Medikamentensicherheit ergänzte die investigative Dokumentation "Gefährliche Medikamente" (2017) den vorhergehenden Fernsehfilm um Recherchen von realen Fällen und vertiefende Informationen.

[31)] Laut einer Repäsentativbefragung des IFAK-Instituts bei 1.000 Bundesbürgern im Jahr 2016 wünschen sich 80 %, dass ARD und ZDF auch in Zukunft von den Olympischen Spielen berichten.

[32] Z. B. in der Dokumentation „Geheimsache Doping", die neue umfassende und bislang unbekannte Dopingmethoden in Russland aufgedeckt hat . Die WDR-Produktion erreichte über 3 Mio. Zuschauer in Deutschland und weltweite Beachtung.

[33)] Siehe Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung (WifOR) zu den volkswirtschaftlichen Effekten der ARD „Der ökonomische Nutzen der ARD in Deutschland", 2017; abrufbar auf ARD.de.

2. Die ARD-Strukturreform: Auf dem Weg zum crossmedialen und integrierten föderalen Medienverbund

Gemeinsam können wir der Gesellschaft mehr bieten als jeder Sender für sich alleine – dies ist seit jeher tief in der DNA unseres Verbunds verankert.[34)]
Die neuen technischen Möglichkeiten im Zuge der Digitalisierung werden wir dazu nutzen, die Zusammenarbeit der Landesrundfunkanstalten auf eine neue Stufe zu heben, ohne dabei konzernartige Strukturen anzustreben. Die ARD hat hierfür einen Reformprozess ins Leben gerufen, der mehr ist als nur Strukturoptimierung: die Weiterentwicklung zum föderalen Medienverbund, der inhaltlich crossmedial und strukturell integriert ist.

Föderal	Die Angebote unserer Landesrundfunkanstalten sowie unsere ARD-Gemeinschaftsprogramme sind geprägt von der Verwurzelung der ARD in den Regionen. Durch die noch intensivere Zusammenarbeit[35)] bei übergreifenden Aufgaben und Hintergrundprozessen bleibt den Landesrundfunkanstalten mehr Raum, ihr regionales Profil medienübergreifend zu schärfen.[36)]
Crossmedial	Inhalte werden, wo immer möglich, medienübergreifend recherchiert, konzipiert und produziert. Mehrfachabeit entfällt, weil einmal geschöpftes Material für die Umsetzung im Hörfunk, im Fernsehen und im Internet gleichermaßen genutzt wird. Dies ermöglicht Einsparungen bei der Programmproduktion, ohne jedoch das Angebot zu schmälern. So schaffen wir es, für weniger Geld mehr und bessere Inhalte zielgruppengerecht in alle Medien zu bringen.
Integriert	Wir vereinheitlichen Abläufe in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung. Konsequentes Benchmarking sorgt für kosteneffiziente Arbeitsprozesse, Doppelstrukturen werden vermieden. Eine ARD-weit einheitliche IT-Landschaft unterstützt schlanke Abläufe und hebt weitere Einsparungsmöglichkeiten.

[34)] Stärkster Ausdruck dieser integrierten Zusammenarbeit ist das ARD-Gemeinschaftsprogramm Das Erste, mit dem wir die größte Reichweite erzielen.

[35)] Unsere neun unabhängigen Landesrundfunkanstalten kooperieren bereits in vielen Bereichen miteinander – etwa beim Austausch von Programmen in Hörfunk und Fernsehen, bei der Entwicklung gemeinsamer Online-Angebote, bei Fernsehfilm-Koproduktionen oder in ihren Auslandsstudios. Der tägliche Programmaustausch ist ein prägendes Element der kooperativen Zusammenarbeit innerhalb der ARD und führt zu einer wirtschaftlich sinnvollen Mehrfachverwertung von Programmen und Beiträgen. Weitere prominente Beispiele für programmliche Kooperationen – auch über die ARD hinaus – sind die gemeinschaftlichen Angebote im Fernsehen (z. B. tagesschau24, KiKA, Phoenix), im Radio (z. B. Nachtschiene der Infowellen) und Online (z. B. ARD Mediathek, sportschau.de, funk). Auch unser Auslandskorrespondentennetz und unser ARD-Hauptstadtstudio sind Beispiele für effiziente und arbeitsteilige Strukturen. Ferner arbeiten wir im Produktions- und Verwaltungsbereich an zahlreichen Stellen zusammen (etwa in Form von derzeit fast 30 nicht programmbezogenen Gemeinschaftseinrichtungen wie dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio).

[36)] So werden die Anstalten den gemeinsamen Erwerb von Rechten und Lizenzen ausbauen und Formatkonzepte künftig vermehrt gemeinsam entwickeln. Bei der Produktion nutzen sie immer häufiger gemeinsame Ressourcen wie beispielsweise Studiotechnik. So können sie effizienter und sparsamer ihre Programminhalte erstellen, ohne in den Dritten Programmen ihre regionale Färbung aufzugeben.

2.1 Kooperation als Prinzip der Strukturreform

Wir vernetzen, standardisieren und synchronisieren unsere historisch gewachsenen Strukturen in Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung. So vermeiden wir Doppelstrukturen, bündeln Kapazitäten und können zunehmend auch im föderalen Medienverbund auf eine crossmediale Organisation nach Inhalten setzen. Wir kooperieren überall dort, wo wir dadurch besser und effizienter werden – von der Verwaltung über Technik und Produktion bis hin zur Programmverbreitung.

Die Grundsätze unserer Strukturreform sind:

- **Konsequente Arbeitsteilung und Spezialisierung** erschließen Rationalisierungspotenziale: Einzelne oder mehrere Landesrundfunkanstalten übernehmen – wie es heute schon punktuell geschieht – Aufgaben für die gesamte ARD-Gemeinschaft.

- **Modernisierung und Harmonisierung von Arbeitsprozessen** ermöglichen Einsparungen: Durch effiziente anstaltsübergreifende Steuerung und Erschließung von Skalierungseffekten werden nicht mehr zeitgemäße und/oder kostenintensive durch zeitgemäße und/oder kostengünstigere Prozesse abgelöst.

- **Konsequentes Benchmarking zwischen den Landesrundfunkanstalten** und mit externen Marktteilnehmern macht Einsparpotenziale besser sichtbar: Mithilfe einheitlicher Standards und Reportings verbessern wir die Messbarkeit des Erfolgs unseres Handelns und schaffen kostenreduzierende Referenzmodelle (beispielsweise im Produktionsbereich).

- **Einsatz neuer Technologien** vereinfacht, vereinheitlicht und verschlankt Verwaltungs- und Produktionsprozesse: So mindern smarte und teilautomatisierte Verfahren den Kosten- und Personalaufwand bei gleichbleibender oder verbesserter Qualität.

Im Ergebnis wollen wir über unseren Strukturprozess nicht nur unsere Effizienz steigern, sondern die größtmögliche inhaltliche Wertschöpfung für die Gesellschaft erreichen.

2.2 Prozesssteuerung

Unsere Strukturreform ist ein ambitioniertes Veränderungsprojekt. Sie erfordert einen tiefgreifenden Strukturwandel auf der Prozess- und Organisationsebene in den Landesrundfunkanstalten. Dies ist vor dem Hintergrund der föderalen Struktur der ARD und der Eigenständigkeit der Häuser eine nicht zu unterschätzende Herausforderung.

Hierfür bedarf es der entsprechenden umfassenden und nachhaltigen Prozesssteuerung. Ende 2016 haben wir ein Projektteam mit Vertretern aus allen Landesrundfunkanstalten gebildet. Die ARD-Vorsitzende hat innerhalb dieser Gruppe die Projektleitung übernommen – gemeinsam mit ihrem Vorgänger und ihrem Nachfolger. Unterstützt wird die Leitung aktuell durch einen hauptamtlichen Projektsteuerer (Koordination der Projektarbeit), durch den Leiter des KEF-Büros der ARD (Projekt-Controlling) und durch die ARD-Generalsekretärin (Begleitung und Kommunikation).

Die Projektgruppe hat verschiedene Bereiche der Verwaltung, Technik, Produktion und Programmverbreitung in unserem Medienverbund auf Kooperationstauglichkeit hin überprüft. Dabei wurden insgesamt 20 Einzelprojekte identifiziert.

Neben der Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesrundfunkanstalten untereinander wollen wir das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt stärken. Viele der Projekte erfolgen in Kooperation mit dem ZDF und/oder Deutschlandradio. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten waren grundsätzlich für alle Themen offen, bei denen durch eine Kooperation positive Effekte denkbar erschienen. Entscheidungskriterien für oder gegen eine Kooperation waren wirtschaftliche Gründe, inhaltliche Machbarkeit (zum Beispiel Standortbezug), unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen, publizistischer Wettbewerb sowie spezifische strategische/geschäftspolitische Gründe der einzelnen Rundfunkanstalten. Die publizistische und strukturelle Eigenständigkeit aller Beteiligten bleiben von den Kooperationen unberührt.

2.3 Einordnung der Einsparpotenziale

Angesichts der Komplexität vieler Vorhaben können die angestrebten Kostensenkungseffekte bislang nur geschätzt werden. Sie können im weiteren Verlauf noch nach oben oder unten abweichen. Zu beachten ist, dass – wie bei den meisten Veränderungsprozessen – kurzfristige Mehrkosten einer langfristigen und dauerhaften Kostensenkung für die betrachteten Prozesse gegenüberstehen.

Das geschätzte Einsparvolumen der ARD-Strukturreform liegt bis 2028 bei 588 Millionen Euro. Davon entfallen 311 Millionen Euro auf den Zeitraum bis Ende 2024 und 277 Millionen Euro auf den Zeitraum von 2025 bis 2028.

Das maximal zu verwirklichende Einsparpotenzial muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass wir schon bisher unserer Verantwortung zu Wirtschaftlichkeit und sparsamem Umgang mit Beitragsmitteln nachgekommen sind[37] – wie es von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF), den Rechnungshöfen, Gremien und Landesparlamenten regelmäßig kontrolliert wird. Auch haben die Landesrundfunkanstalten bereits in den vergangenen Jahren zahlreiche Einspar- und Modernisierungsmaßnahmen ergriffen. Der Rundfunkbeitrag ist auch deshalb seit 2009 nicht gestiegen.[38]

Weitere erhebliche Kostenreduzierungen werden durch den Umstieg auf moderne digitale Technologien und Standards in der Programmverbreitung erreicht: Hier werden wir bis 2028 Kosten in Höhe von 363 Millionen Euro einsparen.

Diese dauerhaften Kostenminderungen sind in ihren finanziellen Auswirkungen für den Zeitraum 2017 bis 2020 in den aktualisierten Mittelfristigen Finanzplanungen der ARD bzw. im 20. KEF-Bericht berücksichtigt worden (siehe hierzu Vorwort der Anlage 1).

Unter Berücksichtigung der reduzierten Programmverbreitungskosten ergibt sich ein Gesamteinsparpotenzial von 951 Millionen Euro bis 2028.

Die ARD wird die bereits beschlossenen Vorhaben mit Nachdruck weiterverfolgen und das jeweils identifizierte Optimierungs- und Einsparpotenzial regelmäßig evaluieren. Im nächsten Schritt werden wir die finanziellen Auswirkungen der Projekte nach der von der KEF festgelegten Systematik konkretisieren. Anschließend erfolgt eine differenzierte Aufgliederung nach Bruttoeinsparvolumen und den verschiedenen Aufwandsarten sowie Investitionen. Die Erhebung und Konkretisierung dieser Werte sollen bis zum Frühjahr 2019 abgeschlossen sein. Ziel ist, dass die finanziellen Auswirkungen zum 22. KEF-Bericht angemeldet werden können.

Viele Vorhaben befinden sich noch in der Konzeptionsphase, einige werden bereits realisiert. Da die Projekte komplex sind und wechselseitig voneinander abhängen, können nicht alle Vorhaben der Strukturreform gleichzeitig umgesetzt werden. Es sind zudem in der Folge der ausgelösten Strukturveränderungen weitere Projekte zu erwarten, die zusätzliche Kostensenkungen und Effizienzgewinne ermöglichen bzw. die Integration innerhalb des Verbunds fördern.

[37] Siehe hierzu u. a. Beispiele für erfolgte/geplante Einspar- und Strukturmaßnahmen in den Landesrundfunkanstalten (Informationsvorlage an die Rundfunkreferenten der Länder vom 9.5.2017) sowie bereits der KEF vorgelegte Einsparungen, etwa durch die Umstellung auf DVB-T2.

[38] Der monatliche Rundfunkbeitrag ist für die Bürgerinnen und Bürger seit 2009 nicht erhöht worden, obwohl im gleichen Zeitraum bis 2016 der Verbraucherpreisindex um 8,7 % und die rundfunkspezifische Teuerung um 14,7 % angestiegen sind. Die Steuereinnahmen – und damit das Budget für andere öffentliche Aufgaben – stiegen laut Bundesministerium für Finanzen von 2009 bis 2016 um 34,7 %.

2.4 Schlüsselprojekte

Im Folgenden stellen wir wesentliche Schlüsselprojekte der Strukturreform vor. Sie machen deutlich, wie eng die Themen ineinandergreifen und sich wechselseitig bedingen. Ein vollständiger Überblick der derzeitigen Projekte ergibt sich aus den Kurzbeschreibungen, die diesem Bericht als Anlage 1 beigefügt sind. Die Vorhaben aus dem Bereich IT und das Benchmarking zu den Eigenproduktionsbetrieben sind bereits in unsere im April abgegebene Anmeldung zum 21. KEF-Bericht eingeflossen.

a) Produktion: effizientere Prozesse für alle

In keinem unserer Bereiche schreitet der technologische Wandel so rasant voran wie in der Produktion. Diese Herausforderung betrifft alle Häuser in demselben Maße. Deshalb gleichen wir die Produktionsprozesse im Projekt Benchmark miteinander ab, um uns innerhalb unseres Verbunds jeweils an den besten Ansätzen orientieren zu können. Von dem Einsatz moderner, effizienter und anstaltsübergreifend harmonisierter Technologien und Produktionsmethoden werden alle Sender profitieren.

PROJEKT: **Benchmarking Produktion**

Im Fernsehbereich machen Studioproduktionen der Landesrundfunkanstalten einen Anteil von über 50 Prozent bei den Eigenproduktionen aus. Durch den Einsatz automatisierter Technik lassen sich effizientere Personalkonzepte umsetzen, die sich bei den täglichen Regelformaten auszahlen. Bis 2024 sollen sich Magazine, Nachrichten, Sport und Unterhaltung an „Best-Practice-Ansätzen“ orientieren. Zudem bietet der Bereich „Smarte Produktion“ großes Potenzial für langfristig kostengünstigere Produktionskonzepte. Dazu zählt auch die Verwendung von kompaktem Produktionsequipment, insbesondere bei der Produktion von aktuellen Nachrichten- und Magazinbeiträgen für das Fernsehen. Dieses ermöglicht etwa den Einsatz von sogenannten „Ein-Personen-Teams“[39], die wir bis 2024 in Abstimmung mit den Redaktionen erheblich ausweiten werden.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial liegt bis 2028 bei 104,4 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 64 Millionen Euro bis 2024.

[39] Das heißt ein Redakteur, der von einem Mediengestalter für die Bild- und Tonaufnahme begleitet wird.

PROJEKT: **Prozessstandardisierung Produktion Großereignisse**

Darüber hinaus steht die Produktion von Großereignissen (Sport, Wahlen etc.) im Fokus. In enger Zusammenarbeit mit dem ZDF werden wir moderne, teilautomatisierte Produktionsmethoden wie „Centralized"- und „Remote"-Produktionskonzepte[40] entwickeln, die deutlich Kosten sparen. Grundlage dafür sind die Erfahrungen, die ARD und ZDF bei der Produktion bisheriger und aktuell anstehender Großereignisse sammeln und auswerten.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 30 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 25 Millionen Euro bis 2024.

PROJEKT: **Sendeabwicklung**

Die Landesrundfunkanstalten werden bei der Sendeabwicklung ihrer Dritten Fernsehprogramme und der Spartenkanäle intensiver kooperieren. Durch den Einsatz softwarebasierter Sendeautomationssysteme kann die Anzahl der derzeitigen Sendeabwicklungen reduziert werden: effiziente Technik- und Personalkonzepte werden ermöglicht. Mit der Entwicklung von medienübergreifenden, multimedialen Schalträumen kann etwa der bisherige Personalbedarf reduziert werden. Die Umsetzung ist abhängig von der sukzessiven Infrastrukturerneuerung in den Rundfunkanstalten.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 64 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 32 Millionen Euro bis 2024.

PROJEKT: **Verlagerung Mittagsmagazin nach Berlin**

Bei der Fernsehproduktion des Mittagsmagazins des Ersten werden wir ab 2018 mit dem ZDF zusammenarbeiten. Der dann für das Mittagsmagazin der ARD verantwortliche Rundfunk Berlin-Brandenburg wird die Sendung im selben Studio wie das ZDF produzieren. Dabei ergeben sich zwischen ARD und ZDF Synergien.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 2,5 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 0,7 Millionen Euro bis 2024.

[40] Centralized- und Remote-Produktionskonzepte beschreiben das wirtschaftlich effiziente Verhältnis zwischen räumlicher Zentralisierung und flexibler Zuteilung von Produktionsmitteln und Personal bei Live-Übertragungen. Das Grundprinzip: Am Veranstaltungsort selbst sind lediglich kleine Teams – überwiegend aus Reportern und Moderatoren – präsent. Der Großteil des Personals und der Technik wird hingegen an zentraler Stelle konzentriert, um dort mit der bestehenden Infrastruktur das Rohmaterial vor Ort zu verarbeiten. Besonders bei Großproduktionen werden hierdurch erhebliche Einsparpotenziale ermöglicht – etwa bei Transport, Mietkosten für Produktionsmittel und Reisekosten für das technische Personal.

b) IT-Strategie: einheitliche IT-Infrastruktur für optimale Ressourcenauslastung und mehr spezialisiertes Know-how

Im digitalen Medienzeitalter sind Informations- und Produktionstechnologie die Basis für nahezu sämtliche Prozesse innerhalb einer Rundfunkanstalt. Angesichts unserer Entwicklung zum integrierten föderalen Medienverbund werden wir diese Basis – also die Hard- und Softwarekomponenten, die wir zur Erfüllung unseres Auftrags benötigen – über Sendergrenzen hinweg so einheitlich und kosteneffizient wie möglich gestalten. In der Konsequenz werden wir die schon vorhandene Zusammenarbeit unserer Landesrundfunkanstalten mit unseren öffentlich-rechtlichen Partnern Deutsche Welle und Deutschlandradio deutlich ausweiten und auf ein gemeinsames Fundament stellen.

Jedes IT-Projekt wird künftig nach klaren Kriterien auf seine Kooperationstauglichkeit hin geprüft. Wenn Koordinationsaufwand und Kostenersparnis in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen, werden Projekte automatisch zu Kooperationsprojekten erklärt. Dabei werden wir vor allem die in den IT-Systemen der Anstalten abgebildeten Geschäftsprozesse (gleich ob in Verwaltung, Produktion oder Programmerstellung) standardisieren. In Folge werden aus ehemals rein technisch fokussierten Vorhaben grundlegende, anstaltsübergreifende Veränderungsprojekte. Außerdem wird systematisch nach Kostengesichtspunkten ermittelt, ob wir die Leistungen selbst erbringen oder als Marktleistung von externen Unternehmen einkaufen („make or buy“). Im Falle der eigenständigen Leistungserbringung wird zudem festgelegt, welche Rundfunkanstalt oder Gemeinschaftseinrichtung das Vorhaben federführend betreut.

Aus der gemeinsamen Beschaffung und der zentralen Federführung ergeben sich eine optimale Ressourcenauslastung im Verbund, eine höhere Konzentration von spezialisiertem Know-how in den IT-Bereichen der einzelnen Häuser sowie signifikante Kosteneinsparungen.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 126 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 72 Millionen Euro bis 2024.

c) SAP Prozessharmonisierung: Standardisierung der Software und Workflows als Basis für senderübergreifende Verwaltungsreform und integrierte Dienstleistungen

Die Größenordnung unserer Strukturreform wird klar erkennbar, wenn man sich vor Augen hält, dass die wohl umfassendste Verwaltungsreform der Geschichte der ARD – nämlich die häuserübergreifende Vereinheitlichung nahezu sämtlicher IT-gestützter Geschäftsprozesse – lediglich ein „Teilprojekt“ des Gesamtvorhabens darstellt.

Im Rahmen des Umstiegs auf die nächste Generation der Verwaltungssoftware SAP überprüfen und harmonisieren wir die damit zusammenhängenden Workflows verschiedener Bereiche (unter anderem Finanzen, Personalwesen, Honorarerfassung und -abrechnung, Lizenzmanagement, Einkauf). Dadurch standardisieren wir die Bearbeitung der hier angesiedelten Geschäftsprozesse, können die Leistungen der einzelnen Häuser besser miteinander vergleichen und schaffen zudem eine wesentliche Voraussetzung für ARD-interne Shared Services, also für die integrierte Erbringung von Dienstleistungen in unserem Medienverbund.

Ein wichtiger Meilenstein für die Zusammenarbeit war die Verständigung der Häuser im Februar 2017 auf den gemeinsamen Betrieb des Informations-

Verarbeitungs-Zentrums (IVZ) in Berlin. Mit der Vereinbarung stoßen der Bayerische Rundfunk, der Hessische Rundfunk und der Südwestrundfunk zum Kreis der Betreiber hinzu und machen damit die ARD-Riege komplett. Somit kann sich das IVZ künftig als zentraler, wirtschaftlich effizienter SAP-Steuerer und Support-Dienstleister für den gesamten Verbund weiterentwickeln und eine einheitliche strategische Ausrichtung bezüglich der Geschäftsprozesse verfolgen.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 72,7 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 25,5 Millionen Euro bis 2024.

d) Archivinfrastruktur MediaDataHub: ein intelligentes Archivsystem als Schlüssel zur digitalen Produktionskette

Das Projekt „MediaDataHub" ist ein Beispiel dafür, wie wir durch moderne und vernetzte Arbeitsweisen nicht nur Kosten sparen. Sie helfen uns auch dabei, das gesamte publizistische Potenzial unseres Verbunds zu nutzen und somit die Programmqualität stetig weiter zu verbessern. So werden wir künftig in unseren Archivprozessen häuserübergreifend noch enger zusammenarbeiten und ein gemeinsames crossmediales Mediendatensystem aufbauen – das MediaDataHub. Hierbei setzen wir moderne Technologien ein, die deutliche Effizienzsteigerungen bei Ablage und Recherche bereits publizierter Inhalte ermöglichen.[41)] An diesem Projekt beteiligen sich die Deutsche Welle sowie das Deutschlandradio.

Gerade für die digitale Produktionskette ist ein intelligentes und crossmedial vernetztes Archivsystem von unschätzbarem Wert. Ein wesentlicher Vorteil ist die automatisierte Ablage und Verschlagwortung von Inhalten – egal, ob es sich um Fernseh-, Radio- oder Internetbeiträge handelt. Perspektivisch erhalten Autoren somit Zugriff auf den gesamten Programmschatz der ARD und werden durch intelligente Suchfunktionen und sinnhafte Aufbereitung der archivierten Inhalte bestmöglich bei ihren Recherchen unterstützt.

Durch die Einführung zunehmend automatisierter Prozesse in den Bereichen Redaktion, Dokumentation und Archive sowie IT können Personalaufwände spürbar reduziert werden.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 44,9 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 21,4 Millionen Euro bis 2024.

[41)] Es werden alle verfügbaren Möglichkeiten der Automatisierung durch Datenübernahme, Einsatz von Mining-Systemen und Technologien zur Verknüpfung von internen und externen Datenbeständen (Linked Data) genutzt. Durch Verknüpfungen des MediaDataHub mit redaktions- und produktionsunterstützenden Verwaltungssystemen können Daten übernommen und zusammengeführt werden.

e) Korrespondentennetz: eine neue Stufe der crossmedialen Zusammenarbeit

Die heutige globalisierte Medienwelt verstärkt den Bedarf, Informationen glaubwürdig und kompetent einzuordnen und sie schnell und multimedial für alle Kanäle und Plattformen aufzubereiten. Deshalb wollen wir die medienübergreifende Zusammenarbeit unseres weltweiten, in Deutschland einzigartigen Korrespondentennetzes weiterentwickeln. Noch in dieser Beitragsperiode stellen wir die Korrespondentenstudios im Ausland und im Hauptstadtstudio mit Hilfe einer vernetzten Infrastruktur – soweit inhaltlich wie wirtschaftlich geboten – auf eine konsequent crossmediale Berichterstattung um. So garantieren wir auch weiterhin hochwertige publizistische Vielfalt auf allen Verbreitungswegen.

Wir werden dazu die bisher nach Medien und Ausspielwegen getrennten Auslandsstudios systematisch sowohl inhaltlich als auch strukturell auf die neuen Anforderungen ausrichten und unter eine gemeinsame Leitung stellen. Daneben sieht das Konzept eine gemeinsame Verwaltungsstruktur, insbesondere eine einheitliche administrative Betreuung von entsandtem Personal und Ortskräften sowie eine ARD-weit abgestimmte Standardisierung von Technik und IT-Struktur vor. Zukünftig werden alle Korrespondenten crossmedial ausgebildet sein. Ferner werden die Berichtsgebiete überprüft und medienübergreifend abgestimmt. Die verstärkte Nutzung von Online-Formaten und sozialen Medien soll vermehrt jüngere Zielgruppen ansprechen.

Auch unser ARD-Hauptstadtstudio in Berlin werden wir crossmedial weiterentwickeln. Dessen besondere Stellung unter den Korrespondentenstudios werden wir im Rahmen des Umbaus berücksichtigen, denn neben den Gemeinschaftsaufgaben bedient es insbesondere für Hörfunk und Online auch die besonderen regionalen und inhaltlichen Anforderungen der einzelnen Landesrundfunkanstalten.

Dieser Umbau sowie der Ausbau der nichtlinearen Berichterstattung sind zunächst mit finanziellem Aufwand verbunden. Perspektivisch werden die unterschiedlichen Maßnahmen und die dadurch zu generierenden Synergien aber zu Einspareffekten führen. Sie ergeben sich aus dem gezielten Abbau bzw. der Vermeidung von Doppelstrukturen sowie aus einer Reduktion der Sach- und Infrastrukturkosten im Zuge der gemeinsamen Nutzung von Immobilien der Landesrundfunkanstalten sowie von Deutsche Welle, Deutschlandradio und ZDF. Die räumliche Integration ermöglicht zukünftig auch eine wirtschaftlich effizientere gemeinsame Nutzung einer technischen und IT-Infrastruktur.

Das hierbei zu erwartende Gesamteinsparpotenzial bis 2028 liegt bei 4 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Einsparvolumen von 2 Millionen Euro bis 2024.

f) Plattform für digitale Produkte: gemeinsame technische Infrastruktur als Grundlage für alle unsere digitalen Angebote

Modernität und Nutzerorientierung sind entscheidende Faktoren im Wettbewerb um Aufmerksamkeit in digitalen Medienumgebungen. Wir wollen unseren Nutzern ein attraktives und leicht zu bedienendes Angebot machen und für die relevanten Endgeräte und Drittplattformen zur Verfügung stellen. Dazu zählt auch ein für alle ARD-Angebote gültiger, personalisierter Nutzerzugang, um die Vielfalt aller in der ARD produzierten Inhalte besser erschließen zu können. Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame technische Infrastruktur. Im März 2017 haben wir uns auf die Umsetzung einer ARD User Service Engine (ARD USE) verständigt. Hauptmerkmale dieses Systems sind eine übergreifende Login-Komponente (ARD-ID), um intelligente Empfehlungs- und Suchfunktionen anbieten zu können, sowie eine gemeinsame Metadaten- und Nutzungsdatenspeicherung.

Auf dieser Basis bauen wir unsere gemeinschaftlichen digitalen Produkte aus. Die einzelnen Landesrundfunkanstalten können diese Plattform für die Entwicklung und den Betrieb ihrer eigenen Produkte ebenfalls nutzen. Durch diese Bündelung von Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen reduzieren die Landesrundfunkanstalten den Aufwand für die Entwicklung digitaler Angebote erheblich.

Die gemeinsame technische Infrastruktur bildet die Basis für verschiedene Neuentwicklungen – etwa für die modernisierte ARD Mediathek (ARD Player), die zukünftig sämtliche audiovisuelle Inhalte des Medienverbunds integriert.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Hinblick auf die Vervollständigung unseres digitalen Portfolios ist eine Mediathek speziell für Kinder, die ARD und ZDF derzeit unter Federführung von KiKA gemeinsam entwickeln.

Die ARD Audiothek wiederum bündelt Wortangebote der ARD-Radiowellen für mobile Endgeräte. Sie bietet mit ihrem kuratierten und personalisierbaren Angebot einen optimalen Zugang zu Vielfalt und Qualität unserer umfangreichen Audio-Angebote.

3. Verfahren zur Beitragsfestsetzung weiterentwickeln

Die Digitalisierung der Medienlandschaft bringt tiefgreifende und langfristige Veränderungsprozesse mit sich. Deshalb schlagen wir vor, das Verfahren zur Ermittlung des Finanzbedarfs um eine langfristige Planungsperspektive zu ergänzen. In Zusammenarbeit mit der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) wollen wir auf diese Weise gewährleisten, dass wir unsere gesellschaftliche Funktion bestmöglich erfüllen und unserer besonderen Verantwortung konsequent gerecht werden können. Unsere Überlegungen entwickeln das bewährte Verfahren fort und erweitern die Aufgaben der KEF als unabhängiges Sachverständigengremium. Das vorgeschlagene Verfahren sorgt zudem für mehr Transparenz gegenüber unseren Gremien sowie den Bürgern.

Bisheriges Verfahren

Bislang ist das KEF-Verfahren in drei Stufen unterteilt: Zunächst melden die Rundfunkanstalten ihren Finanzierungsbedarf bei der KEF an. Die KEF überprüft und bewertet die Anmeldung und spricht alle vier Jahre eine Empfehlung zur künftigen Höhe des Rundfunkbeitrags aus. In einem dritten Schritt entscheiden die Landesregierungen und die Landesparlamente über diese Empfehlung. Das Verfahren beschränkt sich auf eine Perspektive von zwei Jahren (Berichtsperiode) bis vier Jahren (Beitragsperiode).

Für eine Darstellung und Bewertung der strategischen Neuausrichtungen und der weitreichenden Umbaumaßnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reicht dieser kurzfristige Zeithorizont nicht aus. Um die umfassenden Veränderungsprozesse erfolgreich zu steuern, benötigen wir langfristige Planungssicherheit. Dies ist die Grundlage, auf der wir Prozesse und Strukturen entwickeln können, die sich letztendlich kostenmindernd auswirken und die Wirtschaftlichkeit der ARD zunehmend steigern. Deswegen schlagen wir eine Reihe von Änderungen vor, die das KEF-Verfahren zugunsten einer verbesserten Planungs- und Handlungsfähigkeit weiterentwickeln.

Entwicklungsplan und Fortschrittsbericht

Als neues Instrument schlagen wir eine auf zwölf Jahre angelegte Entwicklungsplanung vor. Mit der Entwicklungsplanung wollen wir der KEF und den Ländern unser langfristiges Umbauszenario zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit transparent und überprüfbar darstellen. Wir schreiben diese Entwicklungsplanung alle vier Jahre fort und ergänzen diese Überlegungen alle zwei Jahre um einen Fortschrittsbericht. Hier legen die Sender dar, wie sie bei ihren Reform- und Strukturprozessen vorangekommen sind. Der Fortschrittsbericht ersetzt die Anmeldung der Rundfunkanstalten zum Zwischenbericht der KEF.

Die KEF würde damit parallel zur Finanzanmeldung unsere langfristige Planung überprüfen und sie für die Rundfunkkommission und Landesparlamente bewerten. Die jeweiligen Fortschrittsberichte und die Fortschreibung des Entwicklungsplans ermöglichen der Kommission ebenso wie den Ländern und der Öffentlichkeit eine kontinuierliche Kontrolle, wie die Sender bei ihren Reformvorhaben den Kurs und den Zeitplan einhalten. Der Entwicklungsplan, der Fortschrittsbericht und die Bewertungen der KEF werden im Rahmen der Anhörung der Rundfunkanstalten durch die Rundfunkkommission erörtert. Die Ergebnisse dieser Erörterung fließen in die Fortschreibung des Entwicklungsplans ein. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass wir die strategische Ausrichtung der ARD in einem transparenten Dialog definieren.

Periodenübergreifende Rücklagen

Kernstück für die langfristige Planungsperspektive ist die Möglichkeit periodenübergreifender Rücklagen[42]: Wenn wir im Rahmen der Prozess- und Strukturoptimierungen Synergien und Einsparungen erreichen, sollten wir diese für die Weiterentwicklung unseres Programmangebots verwenden können. Bislang verringern Einspareffekte vornehmlich den von der KEF anerkannten Finanzbedarf. Durch die Möglichkeit der Bildung periodenübergreifender Rücklagen hingegen entstünden zusätzliche Reformanreize, weil wir Einsparungen periodenübergreifend reinvestieren könnten. Diese Anreize kann die KEF mit Auflagen versehen.

Unsere Vorschläge wären sowohl kurzfristig als auch mittelfristig kombinierbar mit einer grundlegenden Überarbeitung des Beitragsfestsetzungsverfahrens, das in der Beitragshöhe die allgemeinen Teuerungsraten ausgleicht.[43]

Eine detaillierte Darstellung der Auswirkungen auf die einzelnen Schritte des KEF-Verfahrens findet sich in der Anlage 3.

[42] Siehe Anlage 2 zur Entwicklung der Rundfunkbeiträge und Beitragsrücklage.

[43] Siehe Fußnote 38.

4. Rechtliche Rahmenbedingungen gestalten

Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder haben in ihrem Beschluss vom Oktober 2016 die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen als ein Reformfeld benannt.

4.1 Den Auftrag zeitgemäß gestalten

Die kleinteiligen Ge- und Verbote im Netz, wie sie 2009 im Rundfunkstaatsvertrag fixiert wurden, entsprechen vielfach nicht mehr den medialen Bedürfnissen der Gesellschaft, sondern stehen unserer Auftragserfüllung, wie sie das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngsten Entscheidung eingefordert hat[44], entgegen. Dies hat die Rundfunkkommission bereits 2013 erkannt. Die Länder haben nun kürzlich einen Vorschlag zur zeitgemäßen Anpassung unseres Telemedienauftrags vorgelegt: Dieser entspricht stärker dem, was die Menschen heutzutage von uns erwarten. Kurz: **Um seinen Funktionsauftrag auch in Zukunft weiter verlässlich erfüllen zu können, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Netz präsenter werden.**[45]

Wir sehen in der Fortentwicklung des Telemedienauftrags den richtigen und zwingend notwendigen ersten Schritt hin zu einer Flexibilisierung der Beauftragung. Unsere detaillierte Stellungnahme hierzu ist auf unserer Webseite nachlesbar.[46]

Die Digitalisierung der Medien, das Aufkommen neuer technikgetriebener Phänomene (wie beispielsweise künstliche Intelligenz als neuer Intermediär) sowie der damit einhergehende Wandel der öffentlichen und privaten Kommunikation vollziehen sich jedoch sehr viel schneller und dynamischer als die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren. So stimmen bereits jetzt viele Begrifflichkeiten des Rundfunkstaatsvertrags nicht mehr mit der heutigen medialen Welt überein – wie auch die Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz festgestellt hat. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt laut Bundesverfassungsgericht gegenüber den kommerziellen Anbietern, die an einer rein wirtschaftlichen Entscheidungslogik ausgerichtet sind, eine wichtige Ausgleichfunktion zu. Diese gilt es in eine netzgeprägte Kommunikationslandschaft zu übertragen.[47]

Wir begrüßen daher den von der Medienpolitik angestoßenen Diskurs, grundlegend über das richtige Zukunftsmodell zur Beauftragung und Finanzierung unseres gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachzudenken. Wichtige Ansätze dabei sind:

- eine Beauftragung, die nicht mehr auf Verbreitungswege oder einzelne Programmangebote abstellt, sondern an den Funktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Meinungsbildung, Vielfaltssicherung, Gesamtversorgung) ausgerichtet ist,
- kontrollierte Freiheit und Verantwortung der Anstalten, wie diese Funktionen entsprechend den (sich wandelnden) kommunikativen Bedürfnissen der Gesellschaft bestmöglich zu erfüllen sind, und
- eine Finanzierungsform mit längerfristigen Planungshorizonten und mehr Planungssicherheit.

Aus unserer Sicht sind diese Anregungen besonders gut geeignet, um der Dynamik der Medienmärkte und den damit verbundenen strukturellen Veränderungen in der Mediennutzung besser gerecht zu werden.

Wir – die Länder und die Rundfunkanstalten – stehen hier in der gemeinsamen Verantwortung, unseren freien Rundfunk vorausschauend und aktiv zu gestalten.

---

[44] Siehe oben, S.7.

[45] Gutachten von Dörr/Holznagel/Picot „Legitimation und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Zeiten der Cloud“ (2016).

[46] Abrufbar im Bereich „Standpunkte“ auf www.ARD.de.

[47] Auch die Kommission aus Bund und Ländern zur Medienkonvergenz hat in ihrem Zwischenbericht vom Dezember 2015 deutlich gemacht, dass die Unterscheidung nach linearen und nichtlinearen Diensten aufgegeben werden sollte, da sie nicht mehr zeitgemäß ist und der Technologieneutralität widerspricht.

4.2 Das Gelingen der Strukturreform gegen Kartellrechtsrisiken absichern

Wesentliches Ziel der ARD-Strukturreform ist die Weiterentwicklung zu einem föderalen integrierten Medienverbund – und damit der Ausbau unserer Zusammenarbeit. Die Kooperation wird insbesondere in Verwaltung, Technik, Produktion, Programmverbreitung und Archiv zum verbindlichen Prinzip. Die Verstärkung der wirtschaftlich effizienteren Zusammenarbeit ist auch eine klare Forderung und Erwartung der Medienpolitik und der KEF.

Problematisch ist: Nahezu alle Formen der Kooperation zwischen den Rundfunkanstalten stehen aufgrund der Auslegungen, die der Bundesgerichtshof 2015 im sogenannten Kabelstreit getroffen hat, unter dem Risiko der Kartellrechtswidrigkeit. Diese Situation hat sich durch die Urteile des OLG Düsseldorf vom 12. Juli 2017 noch verschärft. Das Gericht ist der Auffassung, dass die gemeinsame Kündigung der Kabeleinspeiseverträge durch die Landesrundfunkanstalten wegen unzulässiger Absprache gegen das Kartellrecht verstößt. Nach Ansicht des Gerichts gehören also Kooperationen zwischen den Sendern zur Verbreitung ihrer Programme in Form von Verträgen mit Dritten nicht zum Bereich der hoheitlichen Auftragserfüllung, der grundsätzlich nicht unter das Kartellrecht fällt. **Diese Rechtsunsicherheit darüber, welche Formen der Zusammenarbeit vom Anwendungsbereich des Kartellrechts erfasst werden, stellt nicht nur viele der bisherigen Kooperationen, sondern auch das Gelingen unserer Strukturreform insgesamt ins Risiko.** Überdies sind Kartellrechtsverstöße mit Haftungsrisiken für die Sender verbunden.

Die Länder haben mit ihrer Initiative, im Rahmen der nächsten Änderung des Rundfunkstaatsvertrags über eine sogenannte Betrauungslösung die Freistellung vom unionsrechtlichen Kartellverbot (Art. 106 Abs. 2 AEUV) zu erreichen, bereits einen wichtigen Schritt zur Verminderung dieser Risiken getan. Für eine klare Rechtssicherheit, auch mit Blick auf nationale Sachverhalte, wäre es ergänzend wichtig, auch das nationale Wettbewerbsrecht entsprechend anzupassen. Die Gesetzgebungskompetenz hierfür liegt beim Bund. Der Antrag des Bundesrats im jüngsten GWB-Novellierungsverfahren, eine entsprechende Ausnahmeregelung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzunehmen, ist jedoch vom Bundestag nicht aufgenommen worden.

4.3 Die Auffindbarkeit unserer digitalen Angebote auf Medienplattformen gewährleisten

In ihrem Abschlussbericht vom Juni 2016 hat die Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz akuten Handlungsbedarf bei der Fortentwicklung der Plattformregulierung festgestellt. Denn Betreiber von Plattformen und Benutzeroberflächen können Zugänge beschränken, die Auffindbarkeit von Inhalten steuern und die Inhalte des Programmanbieters verändern – etwa durch Überblendungen oder Skalierungen. Solche Akteure nehmen zunehmend eine Gatekeeper-Funktion zwischen uns und unseren Nutzern ein. So macht es etwa einen entscheidenden Unterschied für die Wahrnehmbarkeit der Tagesschau-App, ob diese gut sichtbar auf der Startseite des Geräteportals erscheint, ob sie beispielsweise in einem kommerziellen Firmen- oder Spieleumfeld platziert oder vom Hersteller in eine Empfehlungsleiste aufgenommen wird. Für die Plattformbetreiber sind die prominente Platzierung und Darstellung von Angeboten Dritter ein weiterer Teil ihres Geschäftsmodells, die strikt nach ökonomischen Kriterien entschieden werden.

Die Länder diskutieren gerade regulatorische Ansätze zur Plattformregulierung, die aus unserer Sicht bereits in die richtige Richtung weisen. Es liegt ebenso in der Entscheidungshoheit und in der Gestaltungsmöglichkeit des Gesetzgebers, ob und wie er in der digitalen Medienwelt sicherstellt, dass von der Gesellschaft erwünschte und gesetzlich beauftragte Angebote die Bürger auch tatsächlich erreichen. Wir halten die „hervorgehobene Auffindbarkeit“ gemeinwohlorientierter Angebote für eine wichtige Ergänzung, damit wir unsere Verantwortung für die freie Meinungsbildung auch in Zukunft erfüllen und die Nutzer die für sie bestimmten Angebote in ihrer gesamten Vielfalt wahrnehmen können.

Wir sehen in der anstehenden Fortentwicklung der Plattformregulierung auch die Chance, in den Fragen der Entgeltregulierung Klarheit herbeizuführen. **Gesetzliche Pflichten des Transportdienstleisters (zum Beispiel Kabelnetzbetreiber) zur Übertragung von Inhalten (sogenannte Must-Carry-Regelung) sollten keinen Anspruch auf Bezahlung gegenüber dem Inhalteanbieter begründen.** Denn dies würde bedeuten, dass die Plattformbetreiber dieselbe Leistung – nämlich die Weiterleitung öffentlich-rechtlicher Inhalte an den Nutzer – gleich zwei Mal in Rechnung stellen: einmal gegenüber den Endkunden und einmal gegenüber den Rundfunkanstalten. Einspeiseentgelte von Rundfunkveranstaltern erhielten in Deutschland nur die beiden Kabelnetzbetreiber Vodafone und Unitymedia. In keinem anderen europäischen Land zahlt ein öffentlich-rechtlicher Programmveranstalter für den Transport seiner Angebote. In den USA ist die Situation sogar umgekehrt: Dort zahlen die Kabelnetzbetreiber Geld an die Sender, denn ohne Inhalte wäre das Geschäftsmodell der Kabelgesellschaften obsolet. Einspeiseentgelte würden das Budget des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erheblich angreifen.[48)]

[48)] Die Kosten für die Kabeleinspeisung beliefen sich etwa im Jahr 2012 auf rund 45,7 Mio. Euro.

4.4 Die Digitalisierung des Radios befördern

Die Digitalisierung des Radios ist in Europa auf einem guten Weg. Einige unserer Nachbarländer beginnen bereits mit der konkreten Planung einer Abschaltung von UKW zugunsten des digitalen Verbreitungsstandards DAB+ beziehungsweise haben die entsprechenden Weichen gestellt. In Deutschland hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Anfang dieses Jahres einen „Aktionsplan für die Transformation der Hörfunkverbreitung in das digitale Zeitalter" vorgelegt. Wichtigste gesetzliche Maßnahme dieser Roadmap ist die Regelung einer sogenannten „Mehrnormgerätepflicht", die sicherstellt, dass neue Radiogeräte (auch) zum Empfang digitaler Signale geeignet sind (sogenannte Interoperabilitätsverpflichtung). In diesem Sinne hatten die Bundesländer bereits 2016 die Initiative zur Ergänzung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) ergriffen, welche im April 2017 auch vom Bund mit einem Vorschlag zur Änderung des § 48 TKG aufgenommen wurde. Dieser Regelungsvorschlag befindet sich derzeit im EU-Notifizierungsverfahren – einem Standardverfahren zur Vorabbestätigung der Vereinbarkeit mit EU-Recht.

Wir halten es für sehr wichtig, dass die geplante Interoperabilitätsverpflichtung möglichst rasch im Telekommunikationsgesetz aufgenommen wird. Parallel dazu sollten im Rahmen der Überarbeitung des European Electronic Communications Code die Voraussetzungen für eine europaweit harmonisierte Regelung geschaffen werden. Hierdurch würden wichtige Impulse für die Digitalisierung des Radios gesetzt werden – nicht nur hinsichtlich der Verbreitung und Nutzung von digitalen Radiogeräten in der Bevölkerung, sondern auch für die Förderung von Programmvielfalt und -innovation im Hörfunk. Denn DAB+ ermöglicht aufgrund seiner technischen Effizienz die Übertragung von wesentlich mehr Angeboten sowie eine verbesserte Verkehrsdatenübertragung auf einer Frequenz.[49)]

Hinzu kommt: Je schneller der Umstieg von UKW auf DAB+ gelingt, desto kürzer ist die sogenannte Simulcast-Phase. Während der Übergangsphase fallen für alle Radioanbieter Kosten für den Parallelbetrieb an. Für uns belaufen sich diese Kosten auf circa 25 Millionen Euro jährlich (ohne Investitionskosten)[50)]. **Nach kompletter Umstellung auf DAB+ würden sich die Verbreitungskosten für unsere Radioangebote um circa 20 Prozent gegenüber UKW verringern[51)]. Die Beförderung der Digitalisierung des Hörfunks ist also auch wirtschaftlich geboten.** Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine möglichst klare und frühzeitige politische Entscheidung zur UKW-Abschaltung, die alle Programmveranstalter – öffentlich-rechtliche wie kommerzielle – in gleicher Weise betreffen muss.

[49)] Weitere Informationen zu DAB+ im ARD-Papier „10 Fakten, die Sie über DAB+ wissen sollten", abrufbar auf www.ARD.de.

[50)] 20. KEF-Bericht: S. 81, Tabelle 32.

[51)] 20. KEF-Bericht, Projektanmeldung der ARD: S. 18, Modellrechnungen; siehe hierzu auch Vorwort der Anlage 1.

4.5 Die Kostenrisiken minimieren

Wir sind von jeher der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet und bemühen uns stets, die uns von der Gemeinschaft anvertrauten Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Es gibt aber auch Kostenfaktoren, die nicht von uns beeinflussbar sind, jedoch vom Gesetzgeber verringert werden können.

Hierzu zählen nicht nur die oben bereits erwähnten **Kostenrisiken im Zusammenhang mit kartellrechtlichen Fragen, mit Einspeiseentgelten und die infolge langer Simulcast-Phasen „doppelten" Kosten bei der Programmverbreitung** (siehe hierzu auch Vorwort der Anlage 1).

Auch die Folgen von (weiteren) **Beschränkungen bei Werbung und Sponsoring** sind hierbei zu berücksichtigen. Im Jahr 2016 erzielten die Landesrundfunkanstalten und unsere Werbegesellschaften Einnahmen aus Werbung und Sponsoring in Höhe von 138 Millionen Euro. Allein die Reduzierung der Werbemöglichkeiten in den Radiowellen des WDR wird im Zeitraum 2017 bis 2020 für die ARD-Anstalten einen zusätzlichen Finanzbedarf von 81 Millionen Euro nach sich ziehen, der auch für die Jahre ab 2021 entsprechende Wirkung entfaltet (siehe hierzu auch Anlage 2).

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass durch Artikel 12 des Steueränderungsgesetzes 2015 vom 2. November 2015 (BGBl. I 2015, 1834) die Regelungen zur Unternehmergemeinschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts neu gefasst worden sind mit der Folge, dass mit Wirkung zum 1. Januar 2016 der bisherige § 2 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) aufgehoben und § 2b UStG neu in das Umsatzsteuergesetz eingefügt wurde. Seitdem unterliegen grundsätzlich auch die Zusammenarbeit bzw. Kooperation zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die damit einhergehenden Leistungsaustausche der Umsatzbesteuerung. Allerdings haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten von der Übergangsregelung des § 27 Abs. 22 Satz 3 Gebrauch gemacht, so dass eine Umsatzbesteuerung der bisherigen Beistandsleistungen frühestens ab 2021 erfolgt.

Die im Raum stehende Besteuerung unserer vielfältigen Zusammenarbeit nach § 2b UStG würde zu einer erheblichen Mehrbelastung der Rundfunkanstalten von ARD, ZDF und Deutschlandradio führen, die sich auf jährlich circa 200 Millionen Euro beläuft. Das zwischenzeitlich ergangene Anwendungsschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 16. Dezember 2016 zur Zusammenarbeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts ist sehr allgemein gehalten und bringt für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten leider keine hinreichende Rechtssicherheit. **Es muss daher zwingend sichergestellt werden, dass auch zukünftig Kooperationen zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten umsatzsteuerfrei bleiben.** Alles andere liefe den rundfunkpolitischen Zielen der Länder zuwider.

5. Systemwechsel bei den Betriebsrenten: Weniger Versorgungslasten

Vier Jahre lang haben wir mit den Gewerkschaften verhandelt und schließlich im Mai 2017 einen Durchbruch bei der Reform der Altersversorgung erzielt. **Die Einigung markiert einen Systemwechsel bei den Betriebsrenten. Der Tarifkompromiss sorgt dafür, dass wir bis 2024 vor allem bei den Rückstellungen der Altersversorgungen um einen hohen dreistelligen Millionenbetrag entlastet werden.** Wir können damit den finanziellen Aufwand für die Versorgungssysteme spürbar verringern und stellen die betriebliche Altersversorgung gemeinsam mit den Gewerkschaften auf eine neue, dauerhaft tragfähige Grundlage.[52)] Ob und inwiefern diese Effekte ganz oder teilweise den Finanzbedarf der ARD reduzieren können, ist noch mit der KEF zu klären.

Begrenzung der Steigerungen

Kernstück des Tarifkompromisses, der Ende Juli dieses Jahres paraphiert wurde, ist eine Reduzierung der Steigerungsraten (Dynamisierung) bei den Versorgungsleistungen: Bislang waren wir tariflich verpflichtet, Gehaltstarifabschlüsse der Häuser automatisch auf die Erhöhungen der Versorgungsbezüge zu übertragen. Dies war ein enormer finanzieller Aufwand, der sich im Zuge der kontinuierlich steigenden Lebenserwartung, der andauernden Niedrigzinsphase und bilanzrechtlicher Regelungen noch verstärkt hat.

Ziel der Verhandlungen mit den Gewerkschaften war eine Annäherung an die Regelung des öffentlichen Dienstes, die eine jährliche Rentenanpassung um ein Prozent vorsieht.[53)] In den Tarifverhandlungen verständigten wir uns schließlich auf die „x minus 1 Prozentpunkt"-Formel. Dabei fällt die Rentensteigerung stets einen Prozentpunkt geringer aus als die Gehaltssteigerung. Steigen die Gehälter unter zwei Prozent (aber über ein Prozent), erhöht sich die Rente um mindestens ein Prozent. Dank dieser Formel erreichen wir einen vergleichbaren bilanziellen Einspareffekt wie mit der Ein-Prozent-Dynamisierung des öffentlichen Dienstes. Die Gewerkschaften bestanden im Gegenzug für ihr Einlenken bei der Dynamisierung auf einer langen Laufzeit bis 31. Dezember 2031.

Mit der Einigung bei der Rentendynamisierung sind zwei weitere Änderungen in Kraft getreten: zum einen Veränderungen beim Versorgungstarifvertrag (VTV) im Zuge der „Rente mit 67", zum anderen der neue beitragsorientierte Tarifvertrag (BTVA) für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab 2017.

Deutliche Entlastungen

Der Tarifkompromiss ermöglicht nachhaltige Entlastungen bei den ARD-Landesrundfunkanstalten, der Deutschen Welle und beim Deutschlandradio. Wir können Rückstellungen auflösen, die wir aufgrund der bisherigen Regelung bilden mussten. Unabhängig davon, ob diese Entlastungen für den Finanzbedarf ganz oder teilweise herangezogen werden können, erhöht dieser Effekt unser Eigenkapital um einmalig 882 Millionen Euro. Hinzu kommen dauerhafte Effekte, die ebenfalls zu geringeren Rückstellungszuführungen und damit zu geringerem Aufwand führen. Diese dauerhaften Effekte sorgen für weitere Entlastungen von etwa 60 Millionen Euro. **Insgesamt belaufen sich die Entlastungen damit bis zum Jahr 2024 auf 942 Millionen Euro.** Die Einsparwerte werden wir nun im nächsten Schritt mit der KEF erörtern.

[52)] Der Abschluss der Tarifverträge bedarf noch der Zustimmung der jeweiligen Gremien der Gewerkschaften und der Landesrundfunkanstalten. Die Gewerkschaft ver.di hat sich mit Blick auf die anstaltsindividuellen Verhandlungen bei der Deutschen Welle eine Erklärungsfrist bis zum 29. September 2017 ausbedungen.

[53)] Der Saarländische Rundfunk übernimmt schon seit 1967 durch seine Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse (ZVK) die Regelungen des öffentlichen Dienstes (1%-Dynamisierung, die für den öffentlichen Dienst seit 2001 gilt).

Systemwechsel bei der Altersversorgung

Anders als bei den bisherigen, inzwischen geschlossenen Versorgungswerken ist im neuen beitragsorientierten Tarifvertrag (BTVA) für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr das letzte Einkommen vor dem Renteneintritt (Endgehaltsbezug), sondern der Einkommensverlauf während der Dienstzeit maßgeblich. Zudem entwickeln sich die Renten ausschließlich abhängig von Überschüssen, die der Rentenfonds erwirtschaftet. Im Vergleich zu einem Fortbestand der bisherigen Altersversorgung sind die Rückstellungen beim BTVA langfristig etwa 30 Prozent niedriger.

Zu erwähnen bleibt, dass wir bereits in der Vergangenheit unsere Kosten für die Altersversorgung reduziert haben. Schon lange vor dem öffentlichen Dienst haben die Rundfunkanstalten den Systemwandel hin zu einer von der gesetzlichen Rente unabhängigen, betrieblichen Zusatzversorgung durchgesetzt. Im Ergebnis unserer Bemühungen macht der Nettoaufwand der Altersversorgung bei den Landesrundfunkanstalten aktuell etwa 6,1 Prozent unserer Gesamtaufwendungen aus.

6. Fazit

Eine moderne ARD, ausgestattet mit einem zeitgemäßen Auftrag und einer angemessenen Finanzierung, ist essenziell für unsere funktionierende Demokratie und für den stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Funktion des gemeinschaftlichen und freien öffentlich-rechtlichen Rundfunks zeigt sich im internationalen Vergleich: Studien belegen den Zusammenhang zwischen Umfang und Reichweite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einem Staat und dem allgemeinen Vertrauen in Medien und in andere gesellschaftliche Institutionen dieses Staates.[54)] Als eine unabhängige Plattform zum Austausch von Informationen und Positionen leisten wir einen maßgeblichen Beitrag für den demokratischen Meinungsbildungsprozess.

Wir werden die vielfältigen Chancen in den Bereichen digitaler Programmproduktion und -verbreitung sowie in der ARD-weiten Zusammenarbeit nutzen, indem wir die raschen und tiefgreifenden Veränderungen in der Medienbranche aktiv annehmen und für unsere Angebote umsetzen.

Die ARD ist auf dem Weg zu einem inhaltlich crossmedialen und strukturell integrierten föderalen Medienverbund. Das erfordert Ausdauer und politische Unterstützung. Für die Gestaltung des Veränderungsprozesses tragen die Sender der ARD und ihre Gremien genauso Verantwortung wie die Länder und der Bund. Nur gemeinsam kann es gelingen, den Wert eines freien und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch für künftige Generationen zu bewahren.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist wertvoll, einzigartig und in unser aller Interesse. Gemeinsam haben wir die Chance, seine gesellschaftlichen Leistungen und seine mittlerweile über Generationen bewährte Funktion für unsere Gesellschaft zu sichern und zeitgemäß fortzuentwickeln. Dazu wird die ARD ihren Beitrag leisten.

[54)] Insbesondere Reuters Digital News Report 2016.

Impressum:
Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
der Bundesrepublik Deutschland (ARD)
ARD-Vorsitz: Mitteldeutscher Rundfunk
Anstalt des Öffentlichen Rechts
Kantstraße 71 – 73
D-04275 Leipzig

Layout: Dot_Agentur
Stand: September 2017

ARD

BR

HR

MDR

NDR

Radio Bremen

RBB

SR

SWR

WDR



www.ARD.de